

meinsam mit Helmut Zschäpitz, einem Antifaschisten, der noch im Betrieb arbeitete, gelang es zu verhindern, daß wichtige Produktionsinstrumente im Kupolofen verschmolzen wurden. Die Antifaschisten überzeugten die wenigen noch im Betrieb beschäftigten Arbeiter von der Sinnlosigkeit der Weiterführung der Kriegsproduktion und erreichten, daß die „Mühlenbau-AG“ am 7. Mai 1945 die Erzeugung kriegswichtiger Güter einstellte.

Am gleichen Tage gelang es der Gruppe, in den Besitz der gesamten NS-Kartei des Kreises Dippoldiswalde zu kommen und die NS-Leitung zu inhaftieren.

Der Tag der Befreiung war nahe. Das nächste Ziel für die Widerstandskämpfer bestand darin, gemeinsam mit den sowjetischen Genossen den Kampf für ein besseres Deutschland mit allen Kräften weiterzuführen.

Die reaktionären Historiker Westdeutschlands lassen nichts unversucht, den heldenmütigen und opferreichen Kampf der besten Kräfte des deutschen Volkes unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands zu leugnen und zu verfälschen. Ein Hauptvertreter dieser Richtung ist Gerhard Ritter. In seinem Buch „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung“ deklariert er die reaktionäre und volksfeindliche Verschwörung des 20. Juli 1944, die gegen den Frieden und die Zukunft der deutschen Nation gerichtet war, als die „nationale Widerstandsbewegung gegen Hitler“. Damit wird der plumpe Versuch unternommen, die imperialistische Politik, deren Unfähigkeit sich immer deutlicher offenbart, zu rechtfertigen. Gleichzeitig sollen die Menschen in Westdeutschland nicht die Wahrheit über jene Kräfte erfahren, die konsequent für ein demokratisches Deutschland eingetreten sind und auch heute noch unablässig gegen Imperialismus und Militarismus kämpfen. Die historischen Tatsachen widerlegen die Geschichtslügen der Apologeten des westdeutschen Imperialismus.

Im Kampf gegen den Hitlerfaschismus hatten sich Rudolf Grimmer, Karl Böttcher, Martha Böttcher, Otto Dietrich, Max Fischer, Erich Grahle, Georg Grahle, Anneliese Grimmer, Artur Grimmer, Hedwig Grimmer, Paul Grimmer, Hans Grützner, Erich Horn, Reinhard Horn, Otto Kobach, Ferdinand Kunert, Fritz Löwe, Erna Saalfeld und Walter Saalfeld fest zusammengeschlossen und die illegale antifaschistische Schmiedeberger Widerstandsgruppe gebildet. Ihr Kampf beweist eindeutig, daß nur die Kommunistische Partei Deutschlands ein Programm zur nationalen und sozialen Befreiung besaß, auf dessen Grundlage sich Menschen unterschiedlichen Glaubens und unterschiedlicher Weltanschauung im Kampf gegen die Hitlerdiktatur zusammenschlossen. Dieser Kampf einte in Schmiedeberg nahezu zwanzig aufrechte Patrioten, die eine ausgezeichnete konspirative Arbeit leisteten und Verbindung zu hervorragenden Widerstandskämpfern besaßen. In der gemeinsamen Arbeit von

Kommunisten und Sozialdemokraten war das Neue, das Kommende verkörpert. Die Einheit der Arbeiterklasse, symbolisiert durch die bewußtesten Elemente, wurde hier schon während der Hitlerdiktatur Wirklichkeit. Das hatte für den Neuaufbau Deutschlands eine gewaltige Bedeutung, denn auch der antifaschistische Widerstandskampf lehrt, daß die Arbeiterklasse nur dann ihre historische Mission erfüllen, die Nation in eine glückliche Zukunft ohne Imperialismus führen kann, wenn sie einheitlich handelt und alle fortschrittlichen Kräfte um sich scharf.

Obwohl es bis zum Ende des Krieges zu keinen antifaschistischen Massenaaktionen in Deutschland kam, was insbesondere auf den faschistischen Terror und die Spalterpolitik rechter sozialdemokratischer Führer zurückzuführen ist, konnten durch das mutige Auftreten der Antifaschisten Menschenleben, Kulturdenkmäler und Sachwerte erhalten bleiben. Der Widerstandskampf unter der Führung der KPD hat entschieden dazu beigetragen, daß in Deutschland der Weg der Freiheit und Demokratie eingeschlagen werden konnte.

Zur strategischen Bedeutung des Kreisgebietes Dippoldiswalde für das Vordringen der sowjetischen Truppen in das Gebiet der Tschechoslowakei

Am 5. Mai 1945 hatte sich die Prager Bevölkerung zum offenen Kampf gegen die faschistische Barberei erhoben. In einer einzigen Nacht errichtete die heldenhafte Bevölkerung der tschechischen Hauptstadt 1600 Barrikaden. Die fast wehrlosen Einwohner Prags begannen, den gut ausgerüsteten und zahlenmäßig starken Verbänden der Faschisten einen zähen Widerstand entgegenzusetzen.

In jenen Tagen unternahmen die Nazis verzweifelte Anstrengungen, um sich für die Verhandlungen mit dem amerikanischen Oberkommando ein relativ ruhiges Hinterland zu sichern. Der faschistische Generalfeldmarschall Schörner befahl, daß der Aufstand in Prag mit allen beliebigen Mitteln zu unterdrücken sei und die tschechische Hauptstadt unbedingt wieder in deutsche Hände kommen mußte.

250 Panzer setzten die Faschisten gegen die Aufständischen ein und drohten, die ganze Stadt in ein Ruinenfeld zu verwandeln. Pückler, Kommandeur der SS-Abteilung im tschechischen Raum, gab den barbarischen Befehl zur Bombardierung Prags. Hervorgerufen durch die große Übermacht und Brutalität, mit der die Faschisten gegen die Bevölkerung vorgingen, wurde die Lage

der Aufständischen am 7. Mai 1945 sehr bedrohlich. Die Bevölkerung der heldenhaft kämpfenden Stadt stand aber in ihrem gerechten Kampf nicht allein. Über den Rundfunk sendeten die tschechischen Patrioten einen Aufruf an das sowjetische Oberkommando. Darin hieß es: „Teure sowjetische Brüder! Prag brennt, die Nazis vernichten die Tschechen. Helft Prag.“ Dieser Aufruf ist ein Beweis des großen Vertrauens, das das tschechische Volk in seine sowjetischen Klassenbrüder setzte.

Am 2. Mai 1945 war die deutsche Reichshauptstadt von sowjetischen Truppen befreit worden. Jetzt setzte das Oberkommando der Roten Armee alles daran, den tschechischen Klassenbrüdern zu Hilfe zu eilen. Es galt, dem grausamen Blutvergießen ein schnelles Ende zu bereiten und den demokratischen Kampf des tschechischen Volkes wirksam zu unterstützen. Die sowjetischen Genossen erkannten die Aufgabe und waren sich ihrer großen Verantwortung bewußt. Erfolgreich gingen sie an die Verwirklichung ihres Zieles.

Noch während der letzten Kämpfe in Berlin wurden die Truppen der 1. Ukrainischen Front aus der Schlacht herausgelöst und umgruppiert. Der Oberbefehlshaber der 1. Ukrainischen Front, Marschall der Sowjetunion Konew, erteilte seinen Kommandeuren den Befehl, die faschistischen Verbände südlich von Berlin zu zerschlagen und die sowjetischen Truppeneinheiten nördlich und nordwestlich von Dresden zu konzentrieren.

Vor den Einheiten der Roten Armee stand nach erfolgreicher Beendigung dieser Operation eine schwere Aufgabe. In kürzester Frist mußten die Höhen des mittleren und östlichen Erzgebirges überwunden werden, um in die Tschechoslowakei vorstoßen zu können. Diese Operationen bedurften einer außerordentlich umsichtigen und exakten Planung. Die sowjetischen Kommandeure mußten sich von vielen Erfordernissen leiten lassen:

1. mußte der Vorstoß in die Tschechoslowakei auf kürzestem Wege erfolgen, um Zeit und Kraft zu sparen;
2. galt es, in relativ kurzer Entfernung große Höhenunterschiede zu überwinden;
3. mußte die waldreiche Gegend des Osterzgebirges für die Panzerbewegungen berücksichtigt werden, und
4. kam es darauf an, zunächst möglichst eine größere Feindberührung zu vermeiden.

Es war weiterhin zu berücksichtigen, daß die Truppen von einer breiten Ausgangslinie in wenigen Stoßrichtungen konzentriert über den Erzgebirgskamm geführt werden mußten. Eine solche präzise Planung war besonders deshalb von ausschlaggebender Bedeutung, da das reibungslose Zusammenwirken der

Verbände der 1. Ukrainischen Front mit den Truppen der 2. und 4. Ukrainischen Front gewährleistet werden mußte. Im militärischen Zusammenspiel dieser drei genannten Fronten sollte die Heeresgruppe Mitte unter Generalfeldmarschall Schörner eingeschlossen und vernichtet werden. Die Heeresgruppe umfaßte etwa 900 000 Mann und war zugleich auch die letzte große deutsche Gruppierung.

Noch am 4. Mai 1945 hatte Jodl dem Stab der Heeresgruppe Mitte befohlen: „Die Leitung der Kampfhandlungen ist so zu organisieren, daß Zeit gewonnen wird . . . Die Front ist daher in ihrer ganzen Ausdehnung zu halten. Durchbrüche sind sofort zu liquidieren. Wenn infolge eines Angriffs überlegener Kräfte des Gegners das Gebiet von Böhmen nicht mehr gehalten werden kann, so müssen sich die Truppen in südwestlicher Richtung absetzen, um die wertvollen Menschenreserven der Heeresgruppe aus der russischen Einflusssphäre herauszuführen.“

Den taktischen Erfordernissen der geplanten Operation entsprechend, gewann das Kreisgebiet Dippoldiswalde für die sowjetischen Truppen der 1. Ukrainischen Front an Bedeutung. Eine von Dresden kommende Fernverkehrsstraße (F 170) führt über Dippoldiswalde, Schmiedeberg, Altenberg, Zinnwald, Teplice, Lovosice direkt nach Prag. Dieser Verkehrsweg, mit dessen Bau 1892 begonnen wurde, stellt die kürzeste Verbindung von Dresden nach Prag dar. Zugleich ist diese Straße aber auch der einzige direkte Verbindungsweg zwischen dem mittleren und östlichen Erzgebirge und der Hauptstadt der Tschechoslowakei.

Gut befestigte Straßen besitzen als Handelswege schon seit dem Altertum enorme Bedeutung. Die ständige Modernisierung des Militärwesens brachte es mit sich, daß sie auch für Angriffs- und Verteidigungszwecke unerlässlich geworden sind. Ein moderner Krieg, in dem riesige Menschenmassen und gewaltiges Kriegsmaterial bewegt werden, ist ohne gute Verkehrswege, besonders in Gebirgsgegenden, undenkbar.

Schon beim Einmarsch in das Sudetenland 1938 erlangte diese Fernverkehrsstraße für die Faschisten militärische Bedeutung. Während des Krieges diente sie der Hitlerwehrmacht als wichtiger Verkehrsweg zur Nachschubversorgung der faschistischen Truppen in der Tschechoslowakei. Ständig wurde sie ausgebessert und an manchen Stellen verbreitert, so daß sie den militärischen Erfordernissen noch besser entsprechen konnte. Auch in den letzten Tagen des Krieges befand sich dieser Verbindungsweg nach Prag noch in gutem Zustand.

Für die geplanten Operationen der sowjetischen Truppen zur Befreiung der Tschechoslowakei und der restlichen deutschen Gebiete war diese günstige Verkehrslage von Bedeutung. Motorisierte Verbände konnten, ohne zeitraubende Hindernisse passieren zu müssen, innerhalb kürzester Zeit die Kamm-

lagen des östlichen Erzgebirges erreichen und in Richtung Prag vorstoßen. Die Anlage der Straße bot die Möglichkeit, Truppenbewegungen größeren Ausmaßes ohne Stauungen zu vollziehen. Panzerverbände, motorisierte Artillerie und Motorradabteilungen waren in die Lage versetzt, dadurch ihre Schlagkräftigkeit bedeutend besser ausnutzen zu können. Im Hinblick auf die kritische Situation, in der sich die Prager Bevölkerung befand, war das von außerordentlich großer Bedeutung. Aber auch Kraft und Materialreserven konnten die sowjetischen Truppen sparen und sich während des schnellen Vormarsches intensiver auf die Lösung der bevorstehenden Aufgaben konzentrieren. Nicht zuletzt hatte das schnelle und reibungslose Vorrücken auch für die Bevölkerung des Kreisgebietes eine sehr große Bedeutung. Je eher die Städte und Gemeinden befreit werden konnten, desto weniger Blut brauchte noch in den letzten Tagen zu fließen, desto schneller konnte ein normales Leben beginnen. Eine weitere Straße, allerdings wesentlich schmaler und in schlechterem Zustand, führt über Glashütte, Geising an die tschechoslowakische Grenze heran. Auch das war von Bedeutung für die sowjetischen Truppen, da die Operation ja in mehreren Hauptstößrichtungen erfolgen mußte. Die militärischen Operationen der Roten Armee unterstreichen die hier getroffenen Feststellungen.

Militärische Operationen der Roten Armee zur Befreiung des Kreisgebietes Dippoldiswalde

Die Dresdner Zeitung der NSDAP verkündete am 3. Mai 1945 in einer großen Überschrift, daß die „Säuberung Ost Sachsens abgeschlossen“ sei. Wie allorts im Deutschen Reich, versuchten die Faschisten auch im ostsächsischen Raum noch in letzter Minute, die Bevölkerung durch Lügenmeldungen und andere nazistische Propagandamittel zum sinnlosen Widerstand zu bewegen. „Der Kampf um Deutschlands Freiheit und Zukunft geht weiter“, hieß es in einem Befehl des faschistischen Generalfeldmarschalls Schörner.

Verheerend waren die Folgen dieser verbrecherischen Befehle der Nazis. Tausende Kinder und Jugendliche, Männer, Frauen und Greise mußten noch in den letzten Tagen vor der bedingungslosen Kapitulation sterben. Viele Menschen beendeten diesen Krieg als Krüppel. Unter dem Druck eingefleischter Nazis mußten Jugendliche und Greise in den ersten Maitagen im Raum Altenberg Panzersperren errichten. Dabei kam es durch Verwendung von Sprengstoffen zu folgenschweren Unfällen. Ein Opfer dieses sinnlosen Widerstandes in den letzten Kriegstagen wurde der Volkssturmmann Kempe aus

Schellerhau. Durch einen Unfall, hervorgerufen durch unsachgemäßen Umgang mit Sprengstoff, verlor er für immer sein Augenlicht.

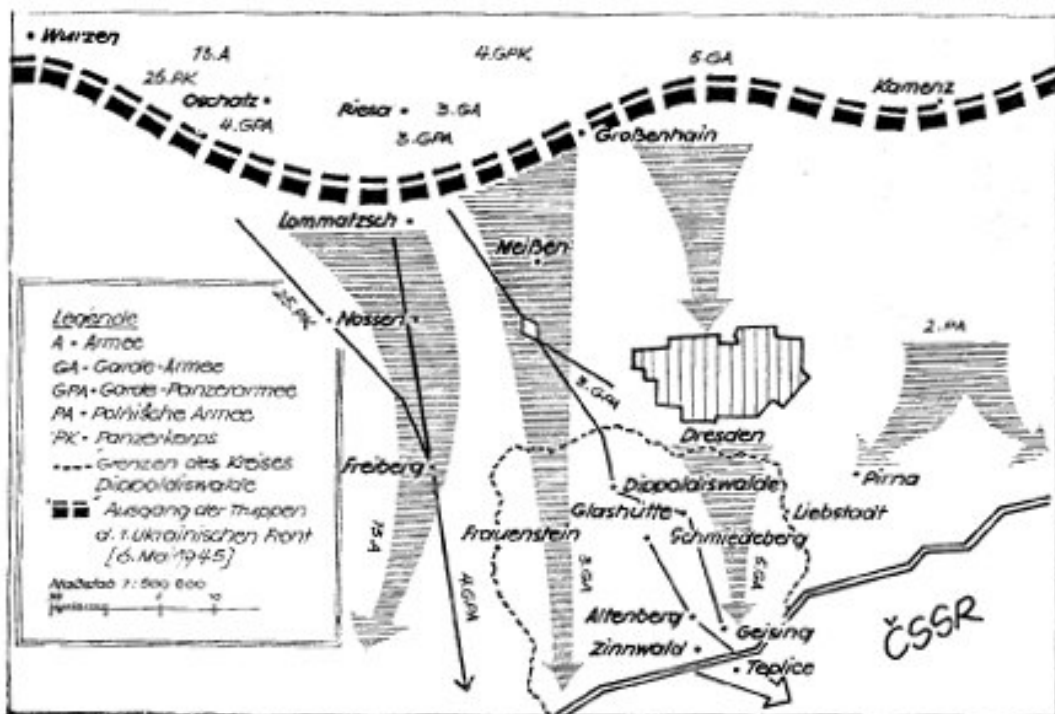
Die militärische Lage war für die Faschisten aussichtslos geworden, auch in Sachsen. Weder durch Lügenmeldungen noch durch Panzersperren konnte die restlose Befreiung der ostsächsischen Gebiete durch die Rote Armee verhindert werden.

Im Zuge der großartigen Umgruppierungen der Truppen der 1. Ukrainischen Front war die Ausgangsbasis für die erfolgreiche Beendigung der Kriegshandlungen auf deutschem Boden geschaffen worden.

Am 6. Mai 1945, dem Beginn der Prager Operation, standen die Hauptkräfte der 1. Ukrainischen Front auf der Linie südlich Wurzen, Oschatz, Riesa, Großenhain. Die 13. Armee, die 4. Garde-Panzerarmee, die 3. Garde-Panzerarmee, die 5. Garde-Armee, das 4. Garde-Panzerkorps und das 25. Panzerkorps waren zur Befreiung der ostsächsischen Gebiete und der Tschechoslowakei bereit. Die sowjetische Hauptgruppierung der 1. Ukrainischen Front zählte mehr als 1000 Panzer und Selbstfahrlafetten sowie 6000 Geschütze und Granatwerfer. Der Vorstoß des rechten Flügels der 1. Ukrainischen Front erfolgte am 6. Mai 1945, gegen 14.00 Uhr, in drei Hauptstoßrichtungen. Der äußerste Flügel, bestehend aus der 13. Armee, der 4. Garde-Panzerarmee und dem 25. Panzerkorps, hatte die Aufgabe, sofort in Richtung Freiberg über Most nach Prag vorzudringen. So konnte erreicht werden, daß die Heresgruppe Mitte von Westen her abgeriegelt wurde.

Weitere Verbände des rechten Flügels der 1. Ukrainischen Front, besonders die 5. Gardearmee und Teile der 3. Garde-Panzerarmee, nahmen den Festungsbereich Dresden in die Zange. Schon am dritten Tage nach Beginn dieser Operation konnte die Stadt an der Elbe befreit werden.

In den letzten Tagen des Krieges versuchten faschistische Truppenteile, aus dem Raum Dresden südlich auszuweichen. Die SS-Division „Frundsberg“ wollte sich in den ersten Maitagen über das östliche Erzgebirge und durch die Tschechoslowakei nach Bayern zurückziehen. Große Verbände dieser Division bewegten sich dabei auf der Fernverkehrsstraße 170. Durch zu zeitig geschlossene und vermintete Panzersperren kam es im Raum Altenberg zu einer Stauung dieser Verbände. Einige SS-Einheiten wollten sich in Schellerhau festsetzen und der Roten Armee Widerstand leisten. Der Bürgermeister



Skizze zu den militärischen Operationen der Truppen der 1. Ukrainischen Front zur Befreiung des Kreisgebietes Dippoldiswalde im Zusammenhang mit der Prager Operation

des Ortes, der versucht hatte, sich diesen wahnsinnigen Plänen zu widersetzen, mußte sich tagelang in den Wäldern versteckt halten, da ihn die SS-Bestien erschießen wollten. *)

In Altenberg waren alle Straßen und Wege mit Fahrzeugen, Granatwerfern und Geschützen verstopft, so daß sich die Bergstadt in ein wahres Heerlager verwandelte. Am 6. Mai 1945 erkundeten Aufklärungsflugzeuge der Roten Armee die Lage im Kreisgebiet Dippoldiswalde. Diese Flugzeuge wurden in Altenberg von SS-Einheiten beschossen. Daraufhin erfolgte kurze Zeit später von sowjetischer Seite auf diese Truppenteile ein Angriff mit Kampfflugzeugen. Es war nicht zu vermeiden, daß dabei auch Wohnhäuser zerstört wurden. Die faschistischen Verbände erlitten größere Verluste an Menschen und Material, und auch die Bevölkerung der Bergstadt hatte Tote zu beklagen. Hierdurch wird erneut sichtbar, daß die Faschisten nicht davor zurückschreckten, noch in letzter Minute bei ihren Aktionen, die von vornherein zum Scheitern verurteilt waren, das Leben der Bevölkerung aufs Spiel zu setzen.

Durch unvorsichtigen Umgang mit Munition, die vor allem in den Kellern der Hilfslazarette und im Bahnhof gelagert war, wurden ebenfalls einige Gebäude zerstört. „Der größte Teil von Altenberg ist aber abgebrannt, und es ist nie richtig geklärt worden, wo dieses Feuer seinen Anfang genommen hat.“ (Müller, Rudolf, zum 20. Jahrestag der Befreiung vor den Einwohnern der Bergstadt Altenberg.)

Wenden wir uns jetzt den Operationen der 3. Garde-Panzerarmee, der 3. Garde-Armee und der 5. Garde-Armee zu, da sie von entscheidender Bedeutung für das Kreisgebiet Dippoldiswalde sind. Diese Gruppierungen stießen aus dem Raum Meißen-Großenhain in südlicher Richtung vor. Die Verbände der 3. Garde-Panzerarmee teilten sich etwa 15 Kilometer östlich von Nossen bei Wilsdruff. Während der linke Flügel zunächst an der Befreiung Dresdens teilnahm, wandte sich der rechte Flügel in südlicher Richtung dem Erzgebirgskamm zu.

Vorausinheiten der 3. Garde-Panzerarmee trafen, von Reichstädt kommend, in den späten Abendstunden des 7. Mai 1945 in Dippoldiswalde ein. Bei Reichstädt soll es dabei zu einem Feuerwechsel zwischen Hitlerjungen und Rotarmisten gekommen sein. **)

*) Aufzeichnungen des Verfassers über ein Gespräch mit Reinhard Horn, Schellerhau.

**) Aufzeichnungen des Verfassers über ein Gespräch mit Max Rothe, Dippoldiswalde, Schuhgasse.

In den frühen Morgenstunden des 8. Mai folgten starke Panzerverbände aus Richtung Reichstädt und Possendorf.

Die Einwohner von Dippoldiswalde hißten zum Zeichen der Kapitulation weiße Fahnen und Tücher. *) Ohne auf Widerstand zu stoßen, konnten die sowjetischen Einheiten ihren Vormarsch fortsetzen. Die Bewegungen der Verbände der 3. Garde-Panzerarmee vollzogen sich auf der Fernverkehrsstraße 170. In hoher Geschwindigkeit strebten die sowjetischen Truppen dem Erzgebirgskamm zu. Dabei wurden die Orte Ulberndorf, Obercarsdorf, Naundorf, Schmiedeberg, Kipsdorf und Oberbärenburg befreit. Gleichzeitig mit den Panzerverbänden stießen Abteilungen des 50. Motorradregiments auf der Fernverkehrsstraße vor. Dadurch wurde die Beweglichkeit der sowjetischen Truppen noch bedeutend erhöht. Diese Einheiten waren es auch, die zuerst in den Ortschaften und naheliegenden Wäldern versprengte deutsche Truppenteile aufstöberten und gefangennahmen. Während des schnellen Vormarsches konnte das natürlich noch nicht intensiv erfolgen.

Aufgeputschte Hitlerjungen und Angehörige des berüchtigten „Werwolfs“ griffen unmittelbar vor Altenberg die sowjetischen Panzerspitzen und Motorradabteilungen an. In Höhe des ehemaligen Wehrrüchtigungslagers kam es zu einem Gefecht. Dabei mußten auch sowjetische Soldaten ihr Leben lassen. Die Faschisten konnten innerhalb kurzer Zeit liquidiert werden. Jetzt war der Weg frei nach Altenberg. In den Ruinen hatten sich eingefleischte Nazis verschanzt und eröffneten das Feuer auf die Rotarmisten. Ein sowjetischer Major wurde tödlich verwundet. **)

Gegen 07.00 Uhr erreichten größere sowjetische Truppeneinheiten die tschechoslowakische Grenze bei Zinnwald. Besonders erfolgreich operierten hier die 69. Mechanisierte Brigade, die 16. Artilleriebrigade sowie das 50. Motorradregiment. Diese Verbände standen unter dem Kommando des Stellvertreters des Stabschefs der Armee, Generalmajor I. G. Siberow.

Aus dem Raum Dresden stießen Verbände der 5. Garde-Armee in südlicher Richtung vor und befreiten im Zusammenwirken mit Einheiten der 3. Garde-Panzerarmee und der 2. Polnischen Armee die östlichen Gebiete des Kreises Dippoldiswalde, darunter die Städte Glashütte, Bärenstein, Lauenstein und Geising. Am 8. Mai überschritten diese Truppen ebenfalls die tschechoslowakische Grenze.

*) Aufzeichnungen des Verfassers über ein Gespräch mit Max Rothe, Dippoldiswalde, Schuhgasse.

**) Aufzeichnungen des Verfassers über ein Gespräch mit Rudolf Müller, Altenberg, Bergarbeitersiedlung 17.

Die Hauptkräfte der 3. Garde-Armee befreiten die westlichen Gebiete des Kreises Dippoldiswalde. Diese Operationen erfolgten aus dem Raum Meißen und vollzogen sich östlich von Freiberg. Aus Richtung Frauenstein kommend, drangen motorisierte Einheiten nach Schmiedeberg vor und bewegten sich auf der Fernverkehrsstraße 170 der tschechoslowakischen Grenze zu. Andere Verbände dieser Armee überschritten südlich von Rechenberg-Bienenmühle die Grenze.

In den Wäldern des Kreisgebietes hielten sich noch immer kleinere SS-Einheiten verborgen, die die Bevölkerung und heimkehrende Wehrmatsangehörige terrorisierten. Noch fünf Minuten nach zwölf verübten sie in Dippoldiswalde ein entsetzliches Verbrechen. Der zweiundvierzigjährige Soldat Johannes K. Rockstroh aus Venusberg wurde am 8. Mai 1945, gegen 14.00 Uhr, von SS-Schergen am heutigen Platz der Jugend erhängt.

Ein Augenzeuge aus Dippoldiswalde berichtet, daß die SS-Banditen dem Ermordeten ein Schild mit den Worten umgehängt hatten: „So ergeht es jedem, der die Waffen wegschmeißt!“ *)

Schon am 9. Mai 1945 begannen die nachfolgenden sowjetischen Einheiten, das Krieggebiet systematisch zu durchkämmen, um den faschistischen Umtrieben für immer ein Ende zu setzen. Dabei kam es in den Wäldern noch zu einzelnen Gefechten, die auch sowjetischen Soldaten das Leben kosteten.

Auf dem Ehrenfriedhof in Dippoldiswalde ruhen in 87 Einzelgräbern und einem Massengrab mehr als hundert Söhne des sowjetischen Volkes, darunter fünf „Helden der Sowjetunion“, die bei den Kämpfen der Roten Armee zur Befreiung des Kreisgebiets Dippoldiswalde fielen oder später durch die erlittenen Verwundungen starben. **)

Im Zusammenhang mit der Prager Operation befreiten die sowjetischen Truppen der 1. Ukrainischen Front am 8. Mai 1945 den Kreis Dippoldiswalde von der faschistischen Barbarei. Diese militärischen Operationen waren ein Musterbeispiel sowjetischer Kriegskunst und stellten gleichzeitig die hohen moralischen Werte der Kämpfer der Roten Armee erneut unter Beweis. Hinsichtlich des selbständigen Einsatzes von Panzerverbänden in Gebirgsgebieten wurden wertvolle Erfahrungen gesammelt.

Am gleichen Tag, da der Kreis Dippoldiswalde befreit worden war, unterzeichneten die Bevollmächtigten des Oberkommandos der faschistischen Wehr-

*) Aufzeichnungen des Verfassers über ein Gespräch mit Max Rothe, Dippoldiswalde, Schuhgasse.

**) Diesen Zahlen liegen Nachforschungen des Verfassers auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Dippoldiswalde zugrunde.

macht, Keitel, von Friedeburg und Stumpff, im Stab der Roten Armee in Berlin-Karlshorst die bedingungslose Kapitulation der Hitlerwehrmacht. Mit diesen Unterschriften wurde das Ende des „Tausendjährigen Reiches“ besiegelt. Deutschland war an einem historischen Wendepunkt angelangt.

Die reaktionären Historiker und Publizisten der westdeutschen Bundesrepublik bestreiten jedoch diese Tatsache. Sie wollen ihren Lesern glauben machen, daß der 8. Mai eigentlich nur eine gewisse militärische Zäsur im Leben des deutschen Volkes sei. Ähnlich wie nach dem 1. Weltkrieg versuchen sie auch jetzt wieder, die Unbesiegbarkeit der Armee zu „beweisen“. Besonders die westdeutsche Jugend wird voll und ganz in diesem revanchistischen Geiste erzogen. In den Geschichtslehrbüchern für die Schulen des Bonner Staates wird der 8. Mai als ein schicksalhafter Tag des Zusammenbruchs, der nationalen Katastrophe und Schande dargestellt. In dem Lehrbuch „Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit, 1933–1945“ lesen die westdeutschen Schüler mehr als zwanzig Jahre nach der Befreiung vom Faschismus folgendes: „Nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft stand das deutsche Volk vor der Frage, ob es überhaupt je einen Staat wieder werde errichten können.“

Mit keinem Wort wird die großartige historische Chance, die aus dem heroischen Kampf der Alliierten mit der Sowjetunion an der Spitze und nicht zuletzt auch aus dem Kampf der deutschen Antifaschisten erwuchs, erwähnt.

Walter Ulbricht führte in seiner Erklärung vor der Volkskammer am 5. Mai 1965 dazu unter anderem aus: „Kennzeichnend für den Geist der in Westdeutschland wieder herrschenden Kräfte ist die Tatsache, daß die herrschenden Kreise in Bonn es mit Entrüstung ablehnen, den 8. Mai 1945 als den Tag der Befreiung vom Krieg und einer unmenschlichen Terrorherrschaft anzusehen. Sie tun damit kund, was sie mit der Eroberungspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus auch heute noch verbindet.“

Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung im Kreis Dippoldiswalde

Der Sieg des ersten sozialistischen Staates der Welt, der eine historische Gesetzmäßigkeit darstellt, und der Alliierten über die größte Militärmacht Europas wurde zum Auftakt für einen nationalen Neubeginn, für eine gewaltige Wende im Leben unserer Nation. Die Befreiung von außen konnte aber nur der erste Schritt zur vollkommenen Befreiung sein. Es ist völlig klar, daß Freiheit, Demokratie, sozialer Wohlstand und kulturelle Größe, die das neue demokratische Deutschland auszeichnen mußten, kein Geschenk internationaler Mächte an das deutsche Volk sein konnten, sondern daß das deutsche Volk selbst die Initiative ergreifen mußte. Führer in diesem Kampf aber konnte nur die geeinte Arbeiterklasse mit ihrer revolutionären Partei an der Spitze sein.

Wir wollen nun untersuchen, wie die Menschen des Kreises Dippoldiswalde die nationale Chance nutzten, die ihnen durch die Befreiung geboten wurde.

Erste Maßnahmen der deutschen Antifaschisten im Zusammenwirken mit den sowjetischen Militärbehörden

Am Ende des faschistischen Raubkrieges gab es auch im Kreis Dippoldiswalde fast keine einzige Familie, die nicht in irgendeiner Weise durch die Nazi Herrschaft zu Schaden gekommen war. Viele Menschen standen vor einem Nichts. Familien waren zerrissen, Häuser zerstört, die Wirtschaft lag darnieder.

Täglich nahm die Bevölkerung des Kreisgebietes zu, da ständig neue Umsiedler eintrafen. Diese Menschen waren besonders schwer betroffen. Oftmals besaßen sie nur das, was sie gerade auf dem Leibe hatten. Vor dem zweiten Weltkrieg zählte die Gemeinde Schmiedeberg 2600 Einwohner. In den ersten Monaten nach der Befreiung stieg die Bevölkerung auf 4600 Menschen an. *)

*) Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters und der Gemeindeverwaltung von Schmiedeberg für das Jahr 1945.

Ähnliche Verhältnisse herrschten überall im Kreisgebiet. Besonders verheerend waren die Auswirkungen des Hitlerkrieges in der Bergstadt Altenberg. Die Stadt war zu 65 % zerstört, es waren aber noch mehr als 90 % der Einwohner anwesend. Verletzte, Kranke und Schwangere bedurften ärztlicher Betreuung, aber weder ein Arzt noch eine Hebamme praktizierten zu dieser Zeit in Altenberg. In der ganzen Stadt existierte keine einzige Bäckerei und Fleischerei mehr. Die Schulen, das Postamt und der Bahnhof waren zerstört. Rudolf Müller, nach der Befreiung Bürgermeister in Altenberg, legte in seinem Referat anläßlich des 20. Jahrestages der Befreiung dar, daß es in den Maityagen des Jahres 1945 außerordentlich warm gewesen sei. Das bedeutete einerseits ein großes Glück für die Menschen, die nur ganz notdürftig untergebracht waren, denen es an Kleidung und vielen anderen Dingen fehlte. Andererseits stellte die Wärme aber auch eine große Gefahr dar, denn in Altenberg mußten noch über hundert Tote beerdigt werden, die größtenteils gar nicht mehr transportfähig waren. Hervorgerufen durch viele Rohrbrüche in den Trinkwasserleitungen und in der Kanalisation, bestand akute Seuchengefahr.

Diese Beispiele untermauern, daß die zwölfjährige Nazi Herrschaft und der Raubkrieg des faschistischen deutschen Imperialismus das deutsche Volk in eine furchtbare nationale Katastrophe gestürzt hatten, die in der deutschen Geschichte nur mit dem Dreißigjährigen Krieg verglichen werden kann. Die Politik der herrschenden Klasse war völlig gescheitert. Viele Menschen waren demoralisiert, hatten den Glauben an die Zukunft Deutschlands verloren. Ihre Hirne waren durch die Naziideologie verseucht. Für alle aufrechten Deutschen stand aber schon zu jener Zeit fest, daß sich derartiges niemals wiederholen durfte und daß in Deutschland neue Wege beschritten werden mußten. Zunächst galt es, mit allen Anstrengungen die nackte Existenz zu sichern. Darin bestand auch die vordringlichste Aufgabe für die Menschen des Kreises Dippoldiswalde. Die bewußten Kräfte, in der übergroßen Mehrzahl Arbeiter, übernahmen die Führung in diesem kräftezehrenden Ringen.

Eine der notwendigsten Aufgaben bestand darin, die Bevölkerung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln zu versorgen. Unter den chaotischen Verhältnissen, die das Hitlerreich hinterlassen hatte, war das äußerst kompliziert. Vielerorts gab es nicht einmal mehr Einwohnerkarteien, die zu einer gerechten und reibungslosen Verteilung unbedingt erforderlich waren. Innerhalb des Kreisgebietes hatten viele Geschäfte geschlossen.

Der furchtbare faschistische Krieg wirkte sich am Anfang der Nachkriegszeit besonders auf die Handlungsweisen der Menschen aus. Nicht selten wurden Geschäfte und Lebensmittellager geplündert. In Dippoldiswalde zum Beispiel drangen Einwohner in das Kaufhaus Marschner ein und bemächtigten sich der Waren. Auch das Nahrungsmittellager des ehemaligen Lazarettes verfiel der Plünderung. Dabei wurden viele Lebensmittel für den menschlichen Genuß un-

brauchbar. Es war unbedingt notwendig, schnellstens Maßnahmen zur Verhinderung dieser Umtriebe, unter denen die Bevölkerung zu leiden hatte, zu ergreifen. Die Genossen Kurt Trubig und Max Rothe gingen gemeinsam mit anderen Genossen und weiteren Antifaschisten sofort daran, die Lagerräume zu verschließen und wieder Ordnung zu schaffen. Wo es erforderlich erschien, wurden Posten aufgestellt, die dafür zu sorgen hatten, daß weitere Plünderungen unterblieben. *) Mutig und entschlossen, unter Einsatz aller Kräfte, sorgten die Antifaschisten dafür, die größte Not der Bevölkerung zu lindern. Die Schwierigkeiten waren groß, besonders bei der Beschaffung von Brot. Es mangelte an Mehl und Brennstoffen zur Beheizung der Backöfen.

Am 11. Mai 1945 errichtete die sowjetische Besatzungsmacht in der Kreisstadt Dippoldiswalde eine Kommandantur. Noch am gleichen Tage führten die verantwortlichen sowjetischen Genossen Major Nikiforow (Militärkommandant des Kreises) und Major Datschin (Politstellvertreter) im Rathaus mit deutschen Antifaschisten eine erste Aussprache durch. Die beiden Majore informierten sich eingehend über die Lage in Dippoldiswalde und im Kreisgebiet. In Übereinstimmung mit den deutschen Antifaschisten wurden die nächsten Aufgaben festgelegt und konkrete Maßnahmen zur Realisierung der gestellten Ziele eingeleitet.

Jeder der Anwesenden erhielt von den sowjetischen Genossen einen ganz bestimmten Aufgabenbereich zugewiesen, für den er voll und ganz verantwortlich war. Ausnahmslos setzten sich die neuen Funktionäre aus dem Personenkreis zusammen, der tags zuvor von den deutschen Antifaschisten selbst festgelegt worden war.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die sowjetischen Genossen zunächst den Problemen der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Dank des aufopferungsvollen Einsatzes des Genossen Major Datschin gelang es, innerhalb kürzester Zeit die Brotbeschaffung zu sichern. Von Dippoldiswalde aus wurde die Verteilung für die nähere Umgebung organisiert. Die sowjetische Besatzungsmacht achtete dabei besonders darauf, daß es zu keinen Unterschlagungen kam. Tatkräftig unterstützten die sowjetischen Organe die deutschen Antifaschisten bei der Bekämpfung des aufkommenden Schwarzhandels.

Um die vielen Umsiedler im Kreisgebiet wirksam zu unterstützen, wurden Gemeinschaftsküchen eingerichtet. Auch diesbezüglich halfen die Besatzungsorgane tatkräftig, indem sie sich dafür einsetzten, daß die Gemeinschaftsküchen vorrangig beliefert wurden. Von den sowjetischen Genossen wurde besonderer Wert auf die Nutzung der Lebensmittelreserven für die gesamte Bevölkerung gelegt. In einer Besprechung mit den Bürgermeistern und der

*) Trubig, Kurt: Aus meinem Leben und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, unveröffentlichte Memoiren.



Für den Kreis Dippoldiswalde verantwortliche leitende sowjetische Genossen

Kreisverwaltung wiesen die Genossen Datschin und Nikiforow auf folgendes hin: „Die Bürgermeister müssen die Bauern und Landwirte darauf aufmerksam machen, daß soviel als möglich Lebensmittel erarbeitet werden.

Je mehr erarbeitet wird, umso mehr bleibt dem Bauer zum freien Verkauf. Das bedingt eine sorgfältige Bestellung der Felder, damit die Normen rechtzeitig erfüllt werden . . . Alle Bürgermeister müssen gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß sämtliches Saatgetreide für nächstes Jahr zurückgestellt wird . . . Die Bürgermeister müssen jedoch Sorge tragen, daß immer vorgearbeitet wird und nicht erst gewartet wird, bis es bekanntgegeben ist.“*)

Die sowjetischen Genossen orientierten darauf, in den Städten einen freien Markt abzuhalten, auf dem die Bevölkerung wöchentlich zweimal die Möglichkeit erhält, lebensnotwendige Nahrungsmittel und Bdarfgüter zu kaufen.**)

Durch diese ersten Maßnahmen, die gemeinsam von den deutschen Antifaschisten und den sowjetischen Besatzungsbehörden durchgeführt wurden, konnte die größte Not von der Bevölkerung des Kreisgebietes abgewendet werden. Noch bedurfte es aber gewaltiger Anstrengungen, um das Leben wieder zu normalisieren.

Eine große Gefahrenquelle, besonders für die Kinder, bildeten die im Raum Glashütte-Altenberg-Rechenberg-Bienenmühle von der faschistischen Wehrmacht zurückgelassenen Waffen und Sprengkörper. In Altenberg selbst befanden sich ebenfalls noch große Mengen an Waffen und Munition. Unter Einsatz ihres Lebens begannen Sowjetsoldaten und deutsche Antifaschisten sofort nach der Befreiung mit den Räumungsarbeiten. Die todbringenden Hinterlassenschaften der Nazis wurden in der Kiesgrube hinter dem Galgenteich bei Altenberg vernichtet.

In Altenberg kam es in den ersten Wochen nach der Befreiung besonders darauf an, die zur Erhaltung des Lebens notwendigen materiellen Voraussetzungen zu sichern. Sofort mußte die Reparatur der Wasserleitungen und Kanalisation in Angriff genommen werden. Zu diesem Zwecke wurden Arbeitskommandos gebildet, die von früh bis spät tätig waren. Dabei gab es aber auch große Schwierigkeiten. Es fehlte nicht nur an Werkzeugen, sondern anfangs am Willen vieler Bürger, sich an den dringend notwendigen Arbeiten zu beteiligen. Manche Menschen wollten zuerst am eigenen Hause bauen, andere

*) Kurzschriftliches Protokoll einer Besprechung der sowjetischen Majore Datschin und Nikiforow mit den Bürgermeistern und der Kreisverwaltung.

**) Ebenda.



Erster freier Markt in Schmiedeberg - Januar 1946

sich völlig von der Arbeit drücken. Für die Verantwortlichen war es nicht immer leicht, die Menschen davon zu überzeugen, daß das Wohl aller dem des einzelnen Menschen vorgeht. Mit jedem neuen Tag aber wuchsen Arbeitsfreude und -willen, so schnell wie möglich voranzukommen.

Außerst kompliziert war gerade in Altenberg die Versorgung mit Lebensmitteln. Der Backofen der Bäckerei Meißner wurde aus dem Schutt ausgegraben und notdürftig überdacht. Nachdem das notwendige Mehl aus der Schüllerermühle bei Glashütte mittels einer Lokomotive nach Altenberg befördert worden war, konnte das erste Brot gebacken werden.

Von außerordentlich großer Bedeutung war es, schnellstens die medizinische Betreuung im Kreisgebiet zu sichern. Das Krankenhaus in Dippoldiswalde konnte die vielen hilfsbedürftigen Menschen nicht alle betreuen. Kompliziert wurde die Lage noch dadurch, daß es fast keine Möglichkeiten gab, Patienten aus entfernteren Ortschaften in die Kreisstadt zu bringen. Dieses Problem bereitete nicht nur der Bevölkerung große Sorgen, sondern auch der sowjetischen Besatzungsmacht. Den Gegebenheiten entsprechend, suchte man nach Möglichkeiten, eine wirksamere medizinische Hilfe für die Menschen zu schaffen. In Altenberg wurden in der Bergstraße zwei Räume notdürftig mit medizinischen Geräten ausgerüstet. Nach großen Bemühungen gelang es auch, einen Arzt und eine Hebamme zu verpflichten. Aus den umliegenden Gemeinden kamen die Menschen, um sich behandeln zu lassen. Ständig wurden die medizinischen Einrichtungen verbessert und sogar Betten beschafft, die eine stationäre Behandlung ermöglichten.

Die Tätigkeit der sowjetischen Besatzungsorgane im Osten Deutschlands läßt sich in verschiedene Perioden einteilen. In der zweiten Periode, die den Zeitraum vom 8. Mai 1945 bis zum 9. Juni 1945 umfaßt, wurden die Besatzungsfunktionen noch unmittelbar vom Feldheer ausgeübt. Die Kommandanturen unterstanden in dieser Zeit den Armee- bzw. Frontstäben. Um aber vom ersten Tage ihrer Tätigkeit an voll wirksam zu werden, hatte die sowjetische Militärverwaltung im Kreis Dippoldiswalde gewisse Organisationszentren geschaffen. Etwa zwölf bis fünfzehn Gemeinden wurden zusammengefaßt und von vier Revierkommandanten verwaltet. In Altenberg, Glashütte und Schmiedeberg liefen die Meldungen aus den verschiedenen Ortschaften ein, die dann nach Dippoldiswalde weitergeleitet wurden. Von dort aus konnten die Maßnahmen koordiniert werden. Dadurch war es möglich, trotz der schlechten Verbindungsmöglichkeiten innerhalb des gesamten Kreises die vorrangigsten Aufgaben schnell zu lösen.

Zur besseren Information erschien schon Mitte Mai 1945 eine deutschsprachige Zeitung, die vom Stab der 1. Ukrainischen Front in Dresden herausgegeben wurde.

Die gewaltigen Aufgaben, die nach dem 8. Mai 1945 vor dem deutschen Volke standen, konnten nur dann im Interesse des werktätigen Volkes gelöst werden, wenn die Arbeiterklasse ein für alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte annehmbares Programm zur nationalen Erneuerung Deutschlands vorlegte.

Das Programm des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus

Unmittelbar nach der Befreiung des Kreises Dippoldiswalde durch die Truppen der Roten Armee bildeten sich in den Städten und Gemeinden aus eigener Initiative Komitees und Ausschüsse, die die ersten notwendigen Maßnahmen zur Normalisierung des Lebens einleiteten. In diesen Körperschaften waren sowohl ehemalige Mitglieder der KPD und SPD als auch Parteilose vertreten. Im Kampf gegen Hunger und Not hatten sie unter Aufbietung all ihrer Kräfte schon in den ersten Tagen nach der Befreiung hervorragende Arbeit geleistet. Beseelt von dem Willen, das Chaos der Hitlerherrschaft zu überwinden, scheuten sie keine Anstrengungen. Über den einzuschlagenden Weg beim Aufbau eines neuen Deutschlands bestanden aber die unterschiedlichsten Auffassungen. Äußerlich ist das schon an den Namen zu erkennen, unter denen die Körperschaften arbeiteten. So existierten im Kreis Dippoldiswalde „Sozialistische Komitees“, „Kommunistische Komitees“, „Gemeindeausschüsse“ und „Antifa-Ausschüsse“. Unter manchen Menschen herrschte die Auffassung, es müsse sofort mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen werden. Die erste Maßnahme des „Kommunistischen Komitees“ in Schellerhau bestand zum Beispiel darin, daß sich die Mitglieder des Komitees rote Armbinden mit Hammer und Sichel anfertigten und diese an der Kleidung trugen. Es darf natürlich keinesfalls übersehen werden, daß die Arbeiter während der zwölfjährigen faschistischen Diktatur keine Möglichkeiten besaßen, sich theoretisch weiterzubilden. Größtenteils war ihnen die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus unbekannt.

Major Nikiforow äußerte sich in einer Besprechung mit deutschen Antifaschisten zu diesen Problemen. In der protokollarischen Niederschrift heißt es dazu: „Für das deutsche Volk sei es gefährlich, jetzt von Sozialismus zu sprechen, wo eben erst der Faschismus zerschlagen sei. Es könne auch jetzt von einer ‚Diktatur des Proletariats‘ noch keine Rede sein. Bevor man von Sozialismus sprechen könne, müsse man erst wie Marx studieren, was Sozialismus und Diktatur des Proletariats ist. Sonst sei alles nur Gerede.“*)

*) Kurzschriftliches Protokoll einer Besprechung der sowjetischen Majoré Datschin und Nikiforow mit den Bürgermeistern und der Kreisverwaltung.

A u s z u g

aus der Niederschrift über die Bürgermeistersitzung im Sitzungssaal des Landratsamtes zu Dippoldiswalde am 6. Juni 1945, vormittags 10.00 Uhr

Nach Beendigung des Krieges und nachdem die Rote Armee den der Sowjetunion durch alliierte Beschlüsse zugesagten Teil Deutschlands besetzt hat, haben sich folgende Bedingungen entwickelt.

Die freie Meinungsäußerung und die Bildung von Organisationen ist möglich. Laut Befehl des obersten Rates der Okkupationskräfte ist die Organisation antifaschistischer Parteien erlaubt. Die antifaschistischen Parteien müssen unbedingt dafür Sorge tragen, daß sämtliche Faschisten, welche sich Verbrechen haben zuschulden kommen lassen, bestraft werden. Die demokratischen Parteien müssen dafür Sorge tragen, daß die Freiheit und freie Meinung des deutschen Volkes entwickelt wird. Außerdem wird den Deutschen und insbesondere der arbeitenden Klasse freigestellt, sich zu Gewerkschaften zu vereinigen.

Nachdem die Regenperiode zuende gegangen ist, müssen wir mit einer Hitzeperiode rechnen. Es muß Vorsorge gegen Feuerbrände getroffen werden. Feuerlöschgeräte und Feuerwehren sind instand zu setzen.

Es muß festgestellt werden, daß in verschiedenen Städten und Gemeinden noch keine Gendarmerie organisiert worden ist. In den 7 Städten bzw. Gemeinden.

Dippoldiswalde, Glashütte, Schmiedeberg, Frauenstein, Bärenstein, Altenberg und Geising

müssen die Bürgermeister sofort die Polizei organisieren. Die Polizei besteht aus:

Kriminalpolizei
Ordnungspolizei und
Feuerwehrpolizei.

Bis zum 10. haben deshalb die Bürgermeister der genannten Städte Listen über die Leiter der Polizei sowie die Listen der Kriminalpolizei, Ordnungspolizei und Feuerwehrpolizei vorzulegen. Unter diesen Leuten dürfen sich keine Faschisten befinden bzw. nominelle Mitglieder der NSDAP. Mit diesen Listen haben die betreffenden Leiter der Polizei zu erscheinen.

Major Datschin gibt dann kurze Richtlinien für den Bezug der Deutschen Zeitung durch die Gemeinden. Alle Bürgermeister sollen dafür Sorge tragen, daß die Zeitung in allen Dörfern und Städten ordnungsgemäß verbreitet wird. Major Datschin gibt noch ergänzende Ausführungen zu Fragen des Aufbaus des Sozialismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Man empfehle jetzt dem deutschen Volk, die in Deutschland im Jahre 1848 begonnene bürgerlich-demokratische Revolution weiter zu führen. Es sei heute im Jahre 1945 bedauerlich festzustellen, daß das deutsche Volk 100 Jahre in seiner Entwicklung zum Sozialismus zurückgeblieben ist. Die Rote Armee und die Okkupationsbehörden haben das Ziel, dem deutschen Volk zu helfen. Deshalb werden die demokratischen Freiheiten dem deutschen Volk zurückgegeben.

Diese Ausführungen sind ein eindeutiger Beweis für die große politische Reife der verantwortlichen sowjetischen Genossen und widerlegen zugleich die These reaktionärer westdeutscher Geschichtsschreiber vom Export der Revolution, von der gewaltsamen Errichtung eines Sowjetsystems in Deutschland.

In der damaligen Phase der Entwicklung sofort mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen, hätte bedeutet, die historischen Gesetzmäßigkeiten zu ignorieren. Vordringlichste Aufgabe mußte es vielmehr sein, im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung die unvollendete bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen. Dabei galt es für die Arbeiterklasse, den Leninschen Hinweis zu verwirklichen: „An der Spitze des gesamten Volkes und besonders der Bauernschaft – für die volle Freiheit, für die konsequente demokratische Umwälzung, für die Republik“.

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zu vollziehen, bedeutete für die Kommunisten, ein festes Klassenbündnis mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften gegen die Monopolherren, Junker und alle Überreste des Faschismus zu schaffen. In erster Linie kam es darauf an, die Einheit der Arbeiterklasse zu schmieden. Die Geschichte lehrt: Überall dort, wo die Arbeiterklasse einheitlich und geschlossen vorgeht, kann sie ihre gerechten Forderungen im Interesse der ganzen Nation durchsetzen.

Die Möglichkeit eines solchen Klassenbündnisses aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte ergab sich ganz besonders aus der Tatsache, daß die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus, die in der Hitlerdiktatur ihren Höhepunkt gefunden hatte, völlig gescheitert war und die übergroße Mehrzahl des deutschen Volkes in eine gewaltige Katastrophe gestürzt hatte. Durch diese verbrecherische Politik war ein tiefer Gegensatz zwischen der reaktionären Monopolbourgeoisie und ihren faschistischen Handlangern einerseits und dem größten Teil des deutschen Volkes andererseits entstanden. Lenin hatte bereits darauf hingewiesen, daß der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere die Demokratie in eine Illusion verwandelt und einen Antagonismus „zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen“ schafft. Diesen Antagonismus galt es zunächst einmal zu überwinden.

Mit der Bildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) begann am 9. Juni 1945 die dritte Periode der sowjetischen Besatzungspolitik. Getreu den Prinzipien der Außenpolitik eines sozialistischen Staates betrachtete es die Sowjetunion als ihre vornehmste Pflicht, die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes allseitig zu fördern. Wir konnten nachweisen, daß auch im Kreis Dippoldiswalde die Antifaschisten schon in den ersten Tagen nach der Befreiung größtmögliche Unterstützung bei den sowjetischen Klassenbrüdern fanden. Bereits am 10. Juni 1945 erließ die Sowjetische

Militäradministration in Deutschland den Befehl Nr. 2. Darin hieß es, daß auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien erlaubt sei. In Dippoldiswalde und Schmiedeberg hatten die Kommunisten schon vor diesem Befehl ihre Partei, die KPD, neu formiert und begannen mit der politischen und organisatorischen Arbeit.

Kurt Trubig schreibt dazu in seinen Memoiren:

„Wir gründeten ohne Abwarten des Befehls in Dippoldiswalde die KPD, wobei ich nach den alten Richtlinien als Politleiter, Genosse Bahndorf als Orgleiter und Genosse Rothe als Kassierer gewählt wurden. Der Zuzug zur Partei im Ort und auch im Kreismaßstab war sehr groß, doch hielten wir bei der Neuaufnahme eine starke Auslese. Es kamen Menschen, die der Partei große Summen anboten, aber wir lehnten das Geld und auch die Person ab.“

Die KPD-Funktionäre ließen Mitgliedskarten drucken und gaben sie an die Genossen aus. Eine dieser Karten gelangte dem Politstellvertreter des Militärkommandanten, Major Datschin, in die Hände. Als Vertreter der sozialistischen Besatzungsmacht war er im Kreis Dippoldiswalde dafür verantwortlich, daß die Befehle des Oberkommandos der Roten Armee von allen Menschen exakt eingehalten wurden und somit eine breite antifaschistisch-demokratische Entwicklung vonstatten gehen konnte. Er erklärte den Genossen in ruhigen Worten, daß die Tätigkeit der Parteien noch nicht gestattet sei, ein solcher Befehl aber bald erfolgen würde.

Die große Initiative der Kommunisten im Kreisgebiet beweist eindeutig, daß sie entschlossen waren, sofort die Führung im Kampf um den Neuaufbau zu übernehmen. Gleichzeitig widerlegt das Handeln der verantwortlichen sowjetischen Genossen die These reaktionärer westdeutscher Historiker, daß die sowjetische Besatzungsmacht die KPD einseitig, zum Nachteil der anderen Parteien, gefördert hätte.

Im Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945 war auch die Bildung freier Gewerkschaften und gewerkschaftlicher Organisationen gestattet worden. Daß diese tiefgreifenden Maßnahmen schon so kurz nach der Befreiung eingeleitet worden waren, ist ein Beweis dafür, welch großes Vertrauen die sowjetischen Genossen den fortschrittlichen Kräften in Deutschland entgegenbrachten. Das galt es zu rechtfertigen. Bereits einen Tag nach dem Befehl Nr. 2 trat die Kommunistische Partei Deutschlands mit ihrem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 vor das deutsche Volk. In diesem Aufruf analysierte die Partei die objektiven und subjektiven Bedingungen, die für die nationale Erneuerung Deutschlands notwendig waren. Dabei ging sie davon aus, daß durch die Befreiung vom Faschismus günstige Voraussetzungen für den Aufbau eines demokratischen Staates geschaffen worden waren. Eindeutig war die Forderung: **KEINE WIEDERHOLUNG DER FEHLER VON 1918!** Das be-

deutete in erster Linie, die Arbeiterklasse zu einen und den Militarismus und Faschismus mit seinen ideologischen und ökonomischen Wurzeln auszurotten.

Der Aufruf forderte deshalb:

1. Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitler-Partei.
2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit.
3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten.
4. Wiederaufbau der Selbstverwaltungsorgane auf demokratischer Grundlage.
5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür, freie Wahlen der Betriebsvertretungen.
6. Enteignung des Vermögens der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und Übergabe des Vermögens in die Hände des Volkes.
7. Liquidierung des junkerlichen Großgrundbesitzes und Übergabe des Bodens sowie des toten und lebenden Inventars an die Bauern.
8. Übergabe aller lebenswichtigen Betriebe und der von ihren Besitzern verlassenen Betriebe an die Selbst- bzw. Provinzial- und Landesverwaltungen.
9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit anderen Völkern.
10. Anerkennung der Pflicht der Wiedergutmachung.

All diese Punkte umfaßten ganz konkrete Maßnahmen, die schnellstens verwirklicht werden sollten. Die KPD hatte damit ein antifaschistisch-demokratisches Programm entwickelt, das für alle fortschrittlichen Menschen annehmbar war. Im Verlaufe eines jahrzehntelangen opferreichen Kampfes hatte sie sich zu einer Partei entwickelt, die es ausgezeichnet verstand, die marxistisch-leninistische Theorie schöpferisch auf die konkreten historischen Bedingungen in Deutschland anzuwenden. Unter Führung Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts hatte das Zentralkomitee eine hervorragende Arbeit geleistet. Vor allem war es gelungen, die Leninschen Lehren über den Zusammenhang zwischen dem demokratischen Kampf und dem Kampf für den Sozialismus schöpferisch weiterzuentwickeln. Das Leninsche Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ war ein Wegweiser in dem Ringen zur Überwindung der nationalen Katastrophe. Walter Ulbricht schrieb dazu, daß Lenins Lehre von der Rolle des Proletariats in der demokratischen Revolution „das Fundament für die Zusammenfassung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte und ihre Orientierung auf die große revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse“ gewesen sei.

Rechte Führer der Sozialdemokratie, die noch immer keine Lehren aus der Geschichte gezogen hatten, ließen nichts unversucht, das revolutionär-demokratische Programm der KPD zu verunglimpfen. Sie behaupteten, es sei notwendig, sofort mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen, und warfen den Kommunisten vor, den neuen Aufgaben nicht gewachsen zu sein. Gerade das

Gegenteil war der Fall, denn die KPD hatte klar erkannt, „daß es in der gegenwärtigen Zeit kein anderes Mittel gibt, noch geben kann, um den Sozialismus näher zu bringen, als die volle politische Freiheit, als die demokratische Republik, als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.“

Seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Jahre 1917 lassen die reaktionären Geschichtsschreiber des Imperialismus nichts unversucht, den ersten sozialistischen Staat der Welt zu verleumden und mit Schmutz zu bewerfen. Der Antikommunismus wurde sowohl in den USA als auch in Deutschland immer mehr zur politischen Hauptdoktrin. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er unter dem Adenauer-Regime zur Staatspolitik erhoben. Das wird auf allen Gebieten des Lebens in Westdeutschland sichtbar. Im Interesse des Monopolkapitals ist vor allem die reaktionäre Historiographie und Publizistik bemüht, die Hirne der Menschen mit dieser gefährlichen Ideologie zu verseuchen. Dabei kommt es ihnen in keiner Weise darauf an, die historische Wahrheit zu verbreiten. Ihre Methoden bestehen vielmehr darin, zu verschweigen, zu diffamieren und zu bagatellisieren. In gleicher Weise wird versucht, mittels Faktenfetischismus und stilistischen Schwulstes die geschichtliche Wahrheit zu verfälschen. Aus der Zeitschrift „Politik im 20. Jahrhundert“ erfährt der Leser über das revolutionär-demokratische Programm der KPD folgendes: „Dieser Gründungsaufwurf vom 11. Juni 1945 erweckte bei vielen große Hoffnungen, weil man aus Mangel an Erfahrung im Umgang mit einer sowjetischen Besatzungsmacht (Hervorhebung von mir - E. M.) diesen Worten vertraute.“ Was soll mit einer solchen Formulierung erreicht werden? Zunächst können wir feststellen, daß auch Hartwich, Großer, Horn und Scheffler nicht an der Tatsache vorbeigehen können, daß die KPD ein Programm entwickelt hatte, das für die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes eine reale Basis für den Neuaufbau eines demokratischen Staates bot. Im selben Atemzuge aber wird der Versuch unternommen, die sowjetische Besatzungsmacht zu diffamieren und ihre Politik als unglaublich hinzustellen. Wir erkennen deutlich die Absicht, den Volksmassen eine untergeordnete Stellung in der Geschichte beizumessen, indem hier zum Ausdruck gebracht wird, daß nur die sowjetische Besatzungsmacht für die Durchführung dieses Programms verantwortlich gewesen sei. Man muß sogar noch weiter gehen und daraus schlußfolgern, daß hier versucht wurde, eine gewisse Identifizierung der KPD und der sowjetischen Besatzungsmacht vorzunehmen. Das soll dazu dienen, das Programm der KPD und die davon ausgegangenen revolutionären Umwälzungen im Osten Deutschlands als eine einzig und allein von Moskau gesteuerte Aktion darzustellen. Was hier noch mehr oder weniger verdeckt ausgesprochen wird, serviert Ludwig Bergsträsser dem Leser in seinem Buch „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland“ ganz offen. Er schreibt: „Die leitenden Kreise der deutschen KP und wohl auch die lei-

tenden Kreise in Rußland waren damals der Zuversicht, daß es in Anbetracht der chaotischen Zustände in Deutschland, der ungeheuren Umschichtung und des maßlosen Massenelends einer geschickten Taktik gelingen werde, die große Mehrheit der Bevölkerung zu sich hinüberzuziehen und ähnlich wie in Rußland 1917 die Macht zu erobern.“*) Mit keinem Wort erwähnt Bergsträsser die sehr entscheidende Formulierung aus dem Aufruf der KPD, wo es heißt: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“

In diesem Sinne erfolgten auch die Hinweise der sowjetischen Genossen im Kreis Dippoldiswalde. Das ist deutlich aus den Ausführungen Major Datschins zu erkennen, die er vor den Bürgermeistern und der Kreisverwaltung machte. Dicsbezüglich heißt es in der protokollarischen Niederschrift: „Man habe empfohlen, die in Deutschland im Jahre 1848 begonnene Revolution weiter zu entwickeln . . . Die Rote Armee und die Okkupationsbehörden haben deshalb das Ziel, dem deutschen Volke zu helfen. Deshalb seien die demokratischen Freiheiten: freie Entwicklung der Parteien, Gewerkschaften . . . dem deutschen Volke freigegeben.“**)

Durch die Methode des Verschweigens, die hier klar zu erkennen ist, verfälscht Bergsträsser die Geschichte in übelster Weise. Für die Mehrzahl der auf historischem Gebiete nicht so bewanderten Menschen wirkt eine solche These um so glaubwürdiger, da in Westdeutschland ein ganzes System besteht, das den Antikommunismus in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens verbreitet. Außerdem rechnen diese Geschichtsschreiber damit, daß die meisten Menschen die betreffenden Dokumente nicht kennen oder daß sie ihnen nicht zugänglich sind.

Der Kommunistischen Partei Deutschlands war es in diesem Aufruf gelungen, „die allgemeinen und grundlegenden Prinzipien des Kommunismus auf jene Eigenart der Beziehungen zwischen den Klassen und Parteien, auf jene Eigenart in der objektiven Entwicklung zum Kommunismus anzuwenden, die jedes einzelne Land aufweist und die man zu studieren, zu erforschen, zu erraten fähig sein muß.“

Die Beachtung dieses Leninschen Hinweises kommt im Aufruf der KPD ganz klar zum Ausdruck. Es heißt dort, „daß die entscheidenden Interessen des

*) Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 9. Auflage, München 1955, Seite 322.

**) Kurzschriftliches Protokoll einer Besprechung der sowjetischen Majore Datschin und Nikiforow mit den Bürgermeistern und der Kreisverwaltung.

deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“ Bergsträsser erwähnt auch mit keiner Silbe die Ursachen der „chaotischen Zustände in Deutschland“ und „des maßlosen Massenelends“. Wie sollte er auch, da er doch im Auftrage des westdeutschen Monopolkapitals schreibt, im Auftrage derjenigen Kräfte, die durch ihre Politik das deutsche Volk in diese nationale Katastrophe gestürzt hatten.

Die Unfähigkeit dieser Kreise, eine wahrhaft nationale Politik gegenüber dem deutschen Volke zu betreiben, soll vertuscht werden. Zu diesem Zwecke stellt man mehr oder weniger verschleiert die These vom Export der Revolution auf, um die Gesetzmäßigkeit der antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Revolution im Osten Deutschlands zu leugnen. Damit will man auch die Revancheforderungen und die verstärkte Aufrüstung rechtfertigen. Die reaktionären Historiker leisten also eine üble Schützenhilfe bei dem Manöver des Imperialismus, sich in eine „Befreierrolle“ hineinzuspielen.

Auf der Grundlage des Aufrufs der KPD vom 11. Juni 1945 konnten mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht auch im Kreis Dippoldiswalde die nächsten Schritte auf dem Wege zur Freiheit und Demokratie eingeleitet werden. Die revolutionäre Praxis ist der schlagendste Beweis für die Unsinnigkeit und Haltlosigkeit der von den imperialistischen Geschichtsschreibern aufgestellten Thesen.

Die Entmachtung des faschistischen Staatsapparates und der Neuaufbau demokratischer Selbstverwaltungen im Kreis Dippoldiswalde

Mit der Befreiung vom Faschismus durch die Rote Armee wurden auch im Kreis Dippoldiswalde die Voraussetzungen geschaffen, ein Leben in Freiheit und Demokratie zu beginnen. Dazu bedurfte es aber gewaltiger Anstrengungen. Die Überwindung der tiefen nationalen Katastrophe, in die der Hitlerfaschismus das deutsche Volk gestürzt hatte, erforderte jetzt in erster Linie von den deutschen Antifaschisten selbst ganz konkrete und zielstrebige antifaschistisch-demokratische Maßnahmen. Es kam darauf an, das faschistische System mit seinen Wurzeln auszurotten, den deutschen Imperialismus und Militarismus politisch und ökonomisch zu entmachten. Nur diese Maßnahmen konnten ein Leben in Frieden garantieren. Der Kampf um die Neugeburt Deutschlands erforderte überall willige und kluge Menschen, die einheitlich handelten. Vor allem war es notwendig, deutsche demokratische Machtorgane

zu schaffen, denn die Kernfrage einer jeden Revolution ist die Frage der Macht. Ohne diese Macht ist es undenkbar, revolutionäre Maßnahmen erfolgreich durchzuführen.

Unmittelbar nach der Befreiung des Kreisgebietes wurden sämtliche faschistischen Bürgermeister ihres Postens enthoben. Das geschah größtenteils durch die örtlichen Militärkommandanten der Roten Armee, teilweise aber auch durch die Antifaschisten selbst; vor allem dort, wo die bewußtesten Kräfte wirkten. Ein Beispiel soll das verdeutlichen. Georg Grahle, Mitglied der Schmiedeberger Widerstandsgruppe, schreibt: „Am Morgen des 9. Mai 1945 besetzten wir das Gemeindeamt Schmiedeberg, nachdem am vorangegangenen Tage der Einmarsch der Roten Armee erfolgt war. Am gleichen Tage bildete ich mit den an der illegalen Arbeit beteiligten Genossen Grimmer, Fischer, Max Herschel, Kupke, Erich Grahle, A. Preußner und anderen heute noch in Funktion stehenden Genossen das Sozialistische Komitee. Ich übernahm sofort mit dem Genossen Rudi Grimmer die Geschäfte der Gemeindeverwaltung. . .“ (Grahle, Georg: Politischer Lebenslauf, Abschrift beim Verfasser.)

Die Leitung dieses Komitees lag in den Händen von Rudolf Grimmer, der vor 1933 der KPD angehörte, und Georg Grahle, vor 1933 SPD.

Die Einheit der Arbeiterklasse, die in Schmiedeberg aus dem gemeinsamen Kampf gegen die Hitlerdiktatur erwachsen war, wurde sofort nach der Befreiung in der Arbeit zum Wohle der ganzen Bevölkerung gefestigt. Das ist ein Beweis mehr für den Einheitswillen der deutschen Arbeiterklasse und widerlegt die These reaktionärer westdeutscher Geschichtsschreiber von einer sogenannten „Zwangvereinigung“. Wenn Bergsträsser (reaktionärer westdeutscher Historiker) zum Beispiel schreibt: „Die Taktik der KPD ging dahin, die Vereinigung der beiden Parteien von oben her herbeizuführen, das heißt, die Masse der Mitglieder der SPD von vornherein auszuschalten“*), so ist das eine glatte Lüge. Sie dient in erster Linie dazu, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die unter ihrer Führung errungenen großartigen Erfolge zu verunglimpfen. Wir werden auch an anderer Stelle noch Gelegenheit haben, an Hand der historischen Praxis, dem einzigen Kriterium der Wahrheit, diese reaktionäre These zu widerlegen. Die Maßnahmen der sowjetischen Genossen und der deutschen Antifaschisten unmittelbar nach der Befreiung waren ein erster und zugleich entscheidender Schritt auf dem Wege zu einer neuen Staatsmacht, auf dem Wege zu einem freien und demokratischen Deutschland. Karl Marx bezeichnete das „Zerbrechen“ des alten Staatsapparates als „Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution“.

*) Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland.

Außerst kompliziert waren die Bedingungen, unter denen der Kampf in Deutschland geführt werden mußte. Es gab in den ersten Wochen nach der Befreiung keine politische Kraft, die in ganz Deutschland und auch im Maßstab der Länder und Provinzen eine ordnungsgemäße Verwaltung gewährleisten konnte.

Erste Schritte zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Staatsapparates

Umso mehr kam es für die Antifaschisten darauf an, in den Städten und Gemeinden die Macht in die Hände zu nehmen. Lenin schrieb, daß es die entscheidende Frage sei, ob die alte Staatsmaschinerie (die durch tausend Fäden mit der Bourgeoisie verbunden und durch und durch von Routine und vom Geist der Trägheit durchsetzt sei) aufrechterhalten bliebe oder ob sie zerstört und durch eine neue ersetzt werde.

Von enormer Bedeutung ist besonders folgender Hinweis Lenins: „Die Revolution darf nicht darin bestehen, daß die neue Klasse mit Hilfe der alten Staatsmaschinerie kommandiert, regiert, sondern sie muß darin bestehen, daß sie diese Maschine zerschlägt und mit Hilfe einer neuen Maschine kommandiert und regiert . . .“ Diese außerordentlich wichtige Erkenntnis des Marxismus-Leninismus galt es nun auf die konkreten Bedingungen in Deutschland anzuwenden.

Diese außerordentlich wichtige Erkenntnis des Marxismus-Leninismus galt es nun auf die konkreten Bedingungen in Deutschland anzuwenden.

Ähnlich wie in Schmiedeberg bildeten sich in fast allen Städten und Gemeinden des Kreisgebietes sofort oder in den ersten Tagen nach der Befreiung Komitees und Ausschüsse, die aus eigener Initiative begannen, das Leben zu normalisieren. Gleichzeitig wurde allerorts begonnen, die Verwaltung neu zu organisieren. Das geschah in den einzelnen Städten und Gemeinden unterschiedlich.

Dazu existierten jedoch anfangs keinerlei einheitliche Richtlinien oder Anordnungen, sondern die Wahlen wurden vielmehr aus eigener Initiative der Antifaschisten oder auf Grund von Anweisungen der örtlichen Militärkommandanten abgehalten.

Es ist das große Verdienst der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, auch im Kreis Dippoldiswalde tiefgreifende antifaschistisch-demokratische Maßnahmen, die dem Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung Ausdruck verliehen, entscheidend gefördert zu haben.

In Schmiedeberg, wo das Sozialistische Komitee unter der Leitung von Rudolf Grimmer und Georg Grahle in den ersten Wochen nach der Befreiung die Ver-

waltungsgeschäfte ausübte, wurde am 31. Mai 1945 Georg Grahle vom Politstellvertreter des Kreiskommandanten, Major Datschin, zum Bürgermeister ernannt.

Am 25. Mai 1945 fand in der Bergstadt Altenberg auf dem Römerplatz eine Einwohnerversammlung statt. Diese Versammlung wählte den Antifa-Ausschuß der Stadt, aus dessen Mitte am gleichen Tage der Antifaschist Rudolf Müller vom sowjetischen Stadtkommandanten, Major Kalinski, zum Bürgermeister ernannt wurde.

In allen Städten und Gemeinden des Kreises erhielten die neuen Bürgermeister von der sowjetischen Besatzungsmacht Ausweise in russischer Sprache ausgehändigt, die den neuen Verwaltungen Amtsgewalt übertrugen. Aus dem bisher Dargelegten erkennen wir, daß es unter großen Anstrengungen gelang, Gemeinden des Kreisgebietes erste Schritte beim Aufbau eines neuen antifaschistisch-demokratischen Staatsapparates zu gehen. So unterschiedlich die Durchführung dieser Maßnahmen auch erfolgte, sie sind ein Beweis für den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, Freiheit und Demokratie zu errichten. Die brüderliche Unterstützung durch die sowjetische Besatzungsmacht hatte entscheidenden Anteil an der Entfaltung der Demokratie, an der Entfaltung der besten Kräfte des deutschen Volkes.

Genosse Rudolf Grimmer zum Landrat ernannt

Einen bedeutenden Schritt auf dem Wege der Entstehung und Festigung der neuen Selbstverwaltungen stellte die Bildung der antifaschistisch-demokratischen Kreisverwaltung in Dippoldiswalde dar. Hier kam es besonders darauf an, kampferprobte und bewährte Antifaschisten einzusetzen, denn die Kreisverwaltung hatte eine enorme politische und organisatorische Tätigkeit zu leisten.

In seiner Rede auf der ersten Funktionärkonferenz der KPD Groß-Berlins am 25. Juni 1945 wies Walter Ulbricht darauf hin, daß in den führenden Funktionen nur solche Männer und Frauen sein dürfen, „die sich im Kampf gegen das Hitlersystem bewährt haben. Von Leuten, die sich während der Hitlerherrschaft passiv verhielten, kann man nicht erwarten, daß sie jetzt die Kraft finden, unserem Volk aus der nationalen Katastrophe herauszuhelfen.“ (Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, S. 442.)

Folgerichtig wurde deshalb auch am 18. Juni 1945 der Leiter der ehemaligen illegalen antifaschistischen Gruppe Schmiedeberg, Rudolf Grimmer, vom Chef der Sowjetischen Militäradministration im Kreis Dippoldiswalde, Major Niki-forow, zum Landrat ernannt. Nach der Bildung der Landesverwaltung Sach-

sen erhielten die Landräte nach einem erfolgten Bestätigungsverfahren ihre Bestallungsurkunden. In der von Kurt Fischer, dem 1. Vizepräsidenten der Landesverwaltung, unterzeichneten Bestallungsurkunde Rudolf Grimmer hieß es: „Herr Rudolf Grimmer ist mit Wirkung vom 18. Juni 1945 zum Landrat bestellt worden. Die SMA hat diese Bestellung bestätigt. Diese Bestellung erfolgt nach den Bestimmungen der Verordnung über die Beschäftigung im öffentlichen Dienst vom 9. Juli 1945 . . . Diese Verordnung ist Bestandteil der Bestallungsurkunde.“ (Staatsarchiv Dresden, LSR Mdl, 711, o. S.) Mit dem siebenunddreißigjährigen Maschinenschlosser Rudolf Grimmer trat ein aufrechter Antifaschist, der in der Zeit größter Bewährung unter Einsatz seines Lebens mutig und klug einen heldenhaften Kampf geführt hatte, an die Spitze der neuen Kreisverwaltung. Damit war eine wichtige Garantie für eine wahrhaft antifaschistisch-demokratische Arbeit gegeben. Rudolf Grimmer ging sofort daran, sich einen zuverlässigen Mitarbeiterstab zu schaffen. Am 25. Juni 1945 berief er selbständig den ehemaligen Sozialdemokraten Max Herschel zu seinem Stellvertreter für Kommunalverwaltung. Auch Max Herschel hatte sich im Kampf gegen den Hitlerfaschismus bewährt.

Eine äußerst wichtige und zugleich komplizierte Aufgabe bestand darin, schnellstens ein funktionstüchtiges Arbeitsamt zu schaffen. Damit wurde der Kommunist Jacob Reinhold betraut. Er gehörte seit 1927 der Partei an und hatte der faschistischen Rüstungsproduktion erheblichen Schaden zugefügt. Mehr als vier Jahre war er deshalb von den Faschisten eingekerkert worden.

Die wichtigsten Funktionen der neuen Kreisverwaltung waren also von Anfang an in den Händen jener Kräfte, die gewillt waren, den Faschismus mit der Wurzel auszurotten und das Neue aufzubauen. Diese Maßnahmen stimmten auch voll und ganz mit der „Verordnung über den personellen Neuaufbau der Landesverwaltung Sachsen“ überein, die am 24. Juli 1945 erlassen worden war.

In dieser Verordnung spiegelt sich eindeutig der antifaschistisch-demokratische Charakter der revolutionären Umwälzung wider. Es hieß darin unter anderem: „Nachdem die oberste Besatzungsbehörde auf Ersuchen der demokratischen Organisation die Bildung einer Landesverwaltung Sachsen gestattet hat, wird jetzt nicht der W i e d e r a u f b a u oder die Säuberung des alten, sondern die Bildung eines neuen demokratischen Verwaltungsapparates, gestützt auf alle freiheitlichen und fortschrittlichen Kräfte des Landes, durchgeführt. Nur mit diesem, mit neuem Geist erfüllten, mit neuen Menschen und Methoden arbeitenden, von allen nazistischen und unzuverlässigen Elementen freien Verwaltungsapparat wird die Landesverwaltung die großen Aufgaben lösen können, die jetzt vor ihr stehen. Jeder Mitarbeiter der Landesverwaltung muß mithelfen bei der restlosen Vernichtung des Nazismus und Militarismus . . .“

Was in den Städten und Gemeinden des Kreisgebietes seit der Befreiung zielstrebig durchgeführt wurde, erhielt jetzt Gesetzeskraft. Das große Werk der Befreiung der Menschen mußte mit aller Konsequenz und revolutionärer Härte weitergeführt werden. Für die Antifaschisten galt es deshalb vor allem, hart an sich selbst zu arbeiten und unter Führung der Partei neue exakte Kenntnisse zu erwerben.

Die Kreisverwaltung stand am Beginn ihrer Tätigkeit vor fast unlösbaren Problemen. In den Städten und Gemeinden existierten zwar neue Machtorgane, aber größtenteils konnten die Bürgermeister anfangs nur improvisieren, da ihnen wesentliche Fachkenntnisse fehlten. Ständig neue Aufgaben stürmten auf die Verwaltungen ein. Es kam in erster Linie darauf an, die Versorgungslage der Bevölkerung zu verbessern. Das erforderte aber, daß die Wirtschaft neu belebt und ein energischer Kampf gegen alle Überreste des faschistischen deutschen Imperialismus geführt wurde.

Der Bürgermeister der Bergstadt Altenberg, Rudolf Müller, brachte die schwierige Situation, vor der die neuen Verwaltungen standen, in einem Rechenschaftsbericht für die Zeit vom Mai 1945 bis zum Oktober 1946 allegorisch zum Ausdruck, indem er schrieb: „Als ich am 25. Mai (1945 – E. M.) mein Amt antrat, kam es mir vor, als hätte man mich vor einen Wagen gespannt, der weder Räder noch eine Deichsel hat . . .“*) Auf diese Situation treffen haargenau die Worte Lenins zu, „daß nicht Wochen, sondern lange Monate und Jahre notwendig sind, damit die neue Gesellschaftsklasse, und zwar eine Klasse, die bisher unterdrückt, durch Not und Ungewißheit niedergedrückt war, sich in die neue Lage hineinfinden, sich umsehen, ihre Arbeit in Gang bringen und ihre Organisatoren hervorbringen kann.“

Eine außerordentlich große Hilfe bei der Lösung der schwierigen Aufgaben stellte deshalb der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 dar.

In den Grundzügen wies er auch den Weg für die weitere Arbeit der Selbstverwaltungen.

Schwierigkeiten ergaben sich für die neue Kreisverwaltung auch noch in anderer Hinsicht. In einigen Städten und Gemeinden hatten sich unzuverlässige Elemente in die Selbstverwaltungen eingeschlichen, die die Zustände unmittelbar nach dem 8. Mai auszunutzen versuchten, um Karriere zu machen oder sich persönlich zu bereichern.

Deshalb wies auch Major Nikiforow darauf hin, daß die Menschen in verantwortlichen Funktionen genauestens geprüft werden mußten. Die Mitglieder

*) Rechenschaftsbericht des Bürgermeisters der Bergstadt Altenberg für die Zeit vom Mai 1945 bis Oktober 1946.

der neuen Kreisverwaltung setzten mit Unterstützung der sowjetischen Genossen alles daran, sich selbst weiter zu bilden und die Verwaltungen in den Städten und Gemeinden in die Lage zu versetzen, die komplizierten Aufgaben zu meistern. Regelmäßig wurden in der Kreisstadt Besprechungen durchgeführt, an denen die Bürgermeister teilnahmen. Oftmals mußten sie, da es in der ersten Zeit noch keine Verkehrsmöglichkeiten gab, zu Fuß nach Dippoldiswalde kommen. Anfangs wurden dort Probleme besprochen, die sich aus der jeweiligen Situation in den verschiedenen Städten und Gemeinden ergaben. Diese Art der Anleitung war notwendig, konnte aber auf die Dauer den ständig größer werdenden Anforderungen nicht gerecht werden. Man ging deshalb dazu über, kommunale Verwaltungskurse durchzuführen. In diesen Schulungen wurden folgende Themenkomplexe behandelt:

1. Die große politische Zeitenwende und unsere Aufgaben
2. Das Verwaltungswesen im allgemeinen
3. Geld-, Kredit-, Finanzfragen
4. Aufgaben und Rolle der Gewerkschaften
5. Das Baurecht im Dienste des Neuaufbaus
6. Planwirtschaft
7. Die Polizei im Dienste des Volkes
8. Öffentliche Gesundheitspflege
9. Schule, Kunst und Wissenschaft

Die Auswahl dieser Themen beweist, mit welcher Initiative und politischen Weitsicht die Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei die neuen Selbstverwaltungen befähigte, ihre schwierigen Aufgaben zu lösen. Nicht zuletzt war es durch solche Maßnahmen möglich, das Niveau der Leitungstätigkeit ständig zu heben. Vor allem für die Bevölkerung war das von ausschlaggebender Bedeutung.

Trotz dieser großen Fortschritte oder wahrscheinlich gerade wegen dieser Fortschritte fehlte es auch im Kreis Dippoldiswalde nicht an Versuchen, die Arbeiter und Bauern, die die Macht ausübten, zu verleumden und dadurch ihre verantwortungsvolle Tätigkeit noch weiter zu erschweren. Reaktionäre Kräfte, die sich noch immer nicht geschlagen geben wollten, scheuten sich dabei nicht, wider besseres Wissen den Selbstverwaltungsorganen Betrug und sogar Diebstahl zu unterschieben, wie das zum Beispiel in Rechenberg-Bienenmühle getan wurde.

In Schmiedeberg wurde ebenfalls versucht, der neuen Verwaltung Schwierigkeiten zu bereiten. Der Bürgermeister der Gemeinde Schmiedeberg brachte in seiner Rede vor der Einwohnerschaft den entschlossenen Willen der neuen

Selbstverwaltungen zum Ausdruck, energisch gegen reaktionäre Kräfte vorzugehen und ein geordnetes demokratisches Leben aufzubauen. „Es ist an der Zeit“, sagte er, „das wiedergutzumachen, was das Hitlerregime in den zwölf Jahren der Korruption, Gewalttätigkeit und Mißwirtschaft hinterlassen hat. Wir alle müssen von dem Wunsch beseelt sein, eine bessere Zeit aufzubauen. Wir sind auf uns selbst gestellt, und all die Mißstände und Unzulänglichkeiten, die wir vorfinden, sind nicht unsere Schuld, sondern sie sind allein die Folgen des faschistischen Regimes. Wir werden auch vor keinem Mittel zurückschrecken, um etwaige Störenfriede und Saboteure in die Bahnen zu verweisen, wo sie hingehören . . . Sollte es einigen noch einfallen, im alten nationalistischen Fahrwasser zu arbeiten und unsere Pläne zu durchkreuzen, so haben wir von Seiten der russischen Besatzungsmacht volle Machtbefugnisse.“ *)

Während bisher in der deutschen Geschichte stets eine kleine Minderheit von Bank- und Konzernherren und Junkern im Staatsapparat über die Mehrheit des Volkes bestimmte, übten jetzt die Interessenvertreter der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes zum Wohle des Volkes die Macht aus. Das war das Neue, das Entscheidende, das wahrhaft Demokratische.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei sofort nach der Befreiung der Entwicklung der Jugend. Nicht zuletzt fand das seinen Ausdruck in einer von Rudolf Friedrichs und Kurt Fischer unterzeichneten Verordnung, in der es unter anderem hieß, daß Jugendliche, die im Rahmen der Überführung ganzer Jugendverbände in die Nazipartei überwiesen wurden, nicht mehr als Parteigenossen anzusehen und zu behandeln sind. Auf Grund dieser Verordnung konnten sie sich um die gleichen Ämter bewerben wie die anderen Jugendlichen auch. Neben erfahrenen und kampferprobten Antifaschisten leisteten Jugendliche eine ausgezeichnete Arbeit bei der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung im Kreis Dippoldiswalde.

Einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Wege zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung stellte die Anweisung Nr. 494 des Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS) dar. Darin wurde bis zum 15. November 1945 die Entlassung aller noch im öffentlichen Dienst beschäftigten ehemaligen Mitglieder der NSDAP befohlen. Für die Durchführung dieser Maßnahme waren die Landräte voll verantwortlich. Im Kreis Dippoldiswalde war die Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates von Anfang an mit sehr großer Gründlichkeit vorgenommen worden. Das war auch ein Verdienst der sowjetischen Genossen im Kreis Dippoldiswalde, die ständig darauf hin-

*) Aus der Rede des Bürgermeisters von Schmiedeberg vor den Einwohnern der Gemeinde, Abschrift beim Verfasser.

wiesen, daß der Faschismus schnellstens zu vernichten sei. Dadurch wurde es möglich, bis zum Ende des Jahres 1945 alle faschistischen Elemente aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.

Von 81 Bürgermeistern, die am Ende des Jahres 1945 in den Städten und Gemeinden des Kreisgebietes die Macht ausübten, war nicht einer Mitglied der Nazipartei gewesen. Wir erkennen weiterhin, daß es sich um einen völligen Neuaufbau der Verwaltung handelte und nicht nur um eine oberflächliche Säuberung von aktiven Nazis. Lediglich zwei Bürgermeister, das sind nicht einmal 2,5 %, wurden aus dem alten Staatsapparat übernommen. 41 Bürgermeister, das sind etwa 51 %, gehörten der Kommunistischen Partei Deutschlands an, jener Partei, die seit ihrer Gründung unablässig nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse, sondern die Interessen der ganzen Nation vertreten hatte.

Gehen wir jetzt noch einmal auf Bergsträssers These ein, der da behauptet hatte, die Taktik der KPD ging dahin, die Mitglieder der SPD von vornherein auszuschalten. An Hand der vorliegenden, nicht zu widerlegenden Fakten wird die Lüge Bergsträssers offenkundig.

23 Bürgermeister, also etwa 28 %, waren Ende 1945 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Das war kein Zufall, sondern eine Gesetzmäßigkeit, da die übergroße Mehrheit der Mitglieder der Sozialdemokratie die heuchlerische Politik ihrer rechten Führer durchschaut hatte und endgültig Lehren aus der Geschichte zog. Gemeinsam mit ihren kommunistischen Klassengenossen verfolgten sie ein Ziel: die Einheit der Arbeiterklasse zum Wohle des gesamten Volkes zu schaffen. Jeder Bürgermeister war für seinen Verwaltungsbereich selbst voll verantwortlich. Major Datschin unterstrich in einer Besprechung die große Verantwortung aller Bürgermeister für die antifaschistisch-demokratische Entwicklung in den Städten und Gemeinden.

Wir führten bereits aus, daß Bergsträsser versucht, mit seiner These der „Zwangsvereinigung“ die SED und die unter ihrer Führung errungenen Erfolge zu verunglimpfen. Diese These dient aber auch dazu, die westdeutschen Arbeiter von gemeinsamen Aktionen abzuhalten und das Verbot der Kommunistischen Partei und den Terror gegen ihre Mitglieder zu rechtfertigen. Rechtfertigung der imperialistischen Politik, das ist die Quintessenz aller reaktionären westdeutschen Geschichtsschreibung überhaupt.

Augenscheinlich wird die Tatsache, daß mehr als 20 % der Bürgermeister des Kreises Dippoldiswalde am Ende des Jahres 1945 keiner Partei angehörten. Das ist auch ein Beweis für die außerordentliche Breite der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und bestätigt einmal mehr die Richtigkeit der Losungen, die die KPD in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 aufgestellt hatte.

Auf den Trümmern des faschistischen Staates war unter der Führung der KPD von unten nach oben ein antifaschistisch-demokratischer Staatsapparat ent-

standen, der nach dem Willen des Volkes regierte. Dieser neue Staatsapparat entsprach in seiner Zusammensetzung auch voll und ganz den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens.

Immer besser verstanden es die neuen Selbstverwaltungen, ihre Aufgaben zu lösen. Rudolf Müller, Bürgermeister in Altenberg, legte in seinem Rechenschaftsbericht dar, daß es gelungen sei, die Arbeit auch ohne Berufsbeamte zielstrebig durchzuführen. Wörtlich sagte er: „In einem Jahr haben wir zumindest soviel gelernt, daß wir diese Herren nicht mehr brauchen, die sich so als Fachleute fühlen.“ *)

Das war ein großer Erfolg für die neuen Machtorgane.

Ein wichtiges Ereignis in der Entwicklung nach dem 8. Mai 1945 waren die Wahlen zu den Gemeindevertretungen am 1. September 1946. Mit dem Aufbau demokratischer Selbstverwaltungen, der demokratischen Bodenreform und der Enteignung der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher waren auch im Kreis Dippoldiswalde erstmalig Voraussetzungen für wahrhaft demokratische Wahlen geschaffen worden. Diese Wahlen wurden zu einer großen Bewährungsprobe für die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, für die Partei der geeinten Arbeiterklasse. Die SED orientierte in ihrem Wahlkampf besonders darauf, daß es durch die breiteste Mitarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte gelingen müsse, die Gemeinde zur Gemeinde des Volkes zu machen. Ihr Streben war also erneut darauf gerichtet, die Massen im Kampf für das Neue zu aktivieren.

Obwohl bei den Gemeindevahlen allgemein getrennte Listen der Parteien des antifaschistisch-demokratischen Blocks existierten, erklärten sich viele Ortsgruppen der SED im Kreis bereit, ebenfalls Mitglieder der CDU und LDPD auf ihren Listen kandidieren zu lassen. So entstanden in den Gemeinden Döbra, Oberbärenburg, Obercarsdorf, Obercunnersdorf, Rehefeld, Reinberg, Reinholdshain und Theisewitz gemeinsame Listen **) Das unterstreicht die Bemühungen der SED, im Kampf für das Neue mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften eng zusammenzuarbeiten, und ist gleichzeitig ein Beweis für den ehrlichen Willen vieler Mitglieder der Blockparteien, sich mit der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut zu verbinden.

Die Zahl der zu wählenden Gemeindevorteiler betrug im Kreis Dippoldiswalde 1026. Von der Sowjetischen Militäradministration wurden 116 Wahlvorschläge

*) Rechenschaftsbericht des Bürgermeisters der Bergstadt Altenberg für die Zeit vom Mai 1945 bis Oktober 1946.

**) Staatsarchiv Dresden.

bestätigt, die sich auf die einzelnen Parteien und Organisationen wie folgt verteilen:

Liste 1 (SED)	86
Liste 2 (LDPD)	12
Liste 3 (CDU)	15
Liste 4 (VdgB)	3 *)

Die relativ geringe Zahl der Wahlvorschläge der Blockparteien ergibt sich aus der Tatsache, daß sie zahlenmäßig nicht annähernd so stark waren wie die geeinte Arbeiterpartei. Das aktive Wahlrecht konnten alle Bürger ausüben, die am Tage der Wahl das 21. Lebensjahr vollendet hatten und wenigstens drei Monate ortsansässig waren. Aktive Nazis und Kriegsverbrecher durften nicht wählen. Innerhalb des Kreisgebietes betraf das 121 Personen (**).

So gab es zu den Gemeindewahlen am 1. Septemebr 1946 im Kreis Dippoldiswalde 49 908 Wahlberechtigte. (***) Von ihrer Entscheidung hing es ab, welcher Weg weiterhin beschritten werden sollte. 47 144 Bürger, das sind etwa 94,5 % der Wahlberechtigten, nahmen ihr demokratisches Recht wahr und gaben ihre Stimme ab. Unter diesen angegebenen Stimmen befanden sich 39 198 gültige. (**)

Liste 1 (SED)	25 535 Stimmen (etwa 72,8 %)
Liste 2 (LDPD)	4 005 Stimmen (etwa 10,2 %)
Liste 3 (CDU)	6 171 Stimmen (etwa 15,8 %)
Liste 4 (VdgB)	487 Stimmen (etwa 1,2 % ****)

Es wird deutlich, daß die SED einen gewaltigen Sieg errungen hatte, der auch nicht durch die ungültigen Stimmen geschmälert werden kann. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen hatte erkannt, daß die Arbeiterklasse mit ihrer revolutionären Partei an der Spitze für Freiheit und Demokratie des ganzen Volkes eintritt. Nicht zuletzt ist dieser Wahlerfolg auf die Einheit der Arbeiterklasse und ihre konsequente Politik zurückzuführen. Aber auch die Mehrzahl der Wähler, die der CDU und der LDPD ihre Stimme gaben, dokumentierten damit, daß sie für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung eintraten. Trotz des reaktionären Einflusses hatten in diesen Parteien die demokratischen Kräfte „nicht nur zahlenmäßig das Übergewicht, sondern im ganzen gesehen auch mehr Einfluß auf die Gestaltung der Parteipolitik.“

*) Staatsarchiv Dresden.

**) Ebenda.

***) Ebenda.

****) Ebenda.

Es ist äußerst interessant, das Wahlergebnis der Gemeindewahlen 1946 mit der politischen Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane Ende 1945 zu vergleichen. Hier wird sichtbar, daß die politische Zusammensetzung der Bürgermeister Ende 1945 dem tatsächlichen Kräfteverhältnis weitestgehend entsprach und in keiner Weise von oben her erzwungen wurde.

Die ganze Problematik veranschaulicht uns aber auch sehr deutlich, daß die Entwicklung in den Jahren 1945/46 (und nicht nur in diesen) äußerst kompliziert vonstatten ging, daß die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse alle Kräfte anspannen mußte, um gemeinsam mit den fortschrittlichen Menschen die gewaltige revolutionäre Umwälzung voranzutreiben.

Die geeinte Arbeiterpartei ließ sich in ihrem gerechten Kampf stets von dem Leninschen Hinweis leiten, daß man allein mit der Avantgarde nicht siegen kann, sondern die breiten Massen für den Kampf gewinnen muß. So konnte es gelingen, daß die entscheidende Frage der Revolution, die Frage der politischen Macht, für immer zugunsten des Volkes entschieden wurde.

Zum Neuaufbau der Wirtschaft im Kreis Dippoldiswalde bis zum Volksentscheid am 30. Juni 1946 *)

Eine äußerst wichtige Aufgabe, die schon in den ersten Wochen nach der Befreiung in Angriff genommen werden mußte, war die Ingangsetzung der Wirtschaft. Besonders kam es darauf an, die zur Erhaltung des Lebens notwendigen Bedarfsgüter herzustellen. Auf Grund der räuberischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus herrschte in ganz Deutschland am Ende des Krieges ein wirtschaftliches Chaos. Wir führten eingangs der Arbeit bereits aus, daß die Industrieproduktion des Kreises Dippoldiswalde im letzten Kriegsjahr fast völlig zum Erliegen gekommen war. Angesichts dieser Tatsache war es für die Aktivisten der ersten Stunde äußerst kompliziert, die Wirtschaft anzukurbeln. Erschwerend wirkte hierbei noch der Umstand, daß die Produktion in den Industriebezirken des Kreises fast ausschließlich auf Halbfertigwaren aufbaute. Die Vielzahl kleinerer und mittlerer feinmechanischer Be-

*) Der Verfasser hat in den Mittelpunkt des zweiten Teils seiner Arbeit den Aufbau der demokratischen Selbstverwaltungsorgane, also die Frage der politischen Macht, gestellt. Aus verschiedenen Gründen kann der wirtschaftliche Neuaufbau nur angedeutet werden und die demokratische Bodenreform trotz ihrer enormen Bedeutung keine Berücksichtigung finden. Hierzu sind spezielle Untersuchungen in den einzelnen Gemeinden erforderlich, die den Rahmen dieser Arbeit sprengen würden.

triebe in Glashütte oder auch die „Mühlenbau-AG“ in Schmiedeberg bedurften unter anderem hochwertiger Stahlerzeugnisse, um die Arbeit wieder aufnehmen zu können. Infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Misere in ganz Deutschland konnte an eine planmäßige Zufuhr des notwendigen Materials in den ersten Monaten nach der Befreiung überhaupt nicht gedacht werden. Vor äußerst schwierigen Aufgaben standen die im Entstehen begriffenen Selbstverwaltungsorgane. Selbst noch dabei, die ersten Schritte zu gehen, mußten sie dafür sorgen, daß die ständig zunehmende Zahl an Arbeitskräften zweckmäßig eingesetzt wurde. Vor diesen Problemen standen in erster Linie die Selbstverwaltungen in Altenberg, Dippoldiswalde, Glashütte und Schmiedeberg, denn in den Orten war die relativ wenige Industrie des Kreisgebietes konzentriert. Die SMAD hatte die schwierige wirtschaftliche Lage in ganz Deutschland sofort erkannt und richtig eingeschätzt. Schon am 21. Juli 1945 ordnete sie in dem Befehl Nr. 9 die Wiederaufnahme der industriellen Produktion in der sowjetischen Besatzungszone an. Das war auch für die Kreisstadt Dippoldiswalde von entscheidender Bedeutung, da so eine Zufuhr des zur Produktion wichtigen Materials schnellstens gesichert werden konnte.

Um die Kompliziertheit der Lage zu veranschaulichen, müssen wir unser Augenmerk noch einem anderen wichtigen Gesichtspunkt zuwenden. In engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Neuaufbau standen die Fragen der Reparaturen, besonders das Problem der Demontage von Betrieben. Durch das Potsdamer Abkommen wurde diesbezüglich im Absatz IV eine rechtskräftige Regelung getroffen. Die KPD orientierte bereits in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 auf die Pflicht zur Wiedergutmachung der durch die Hitler-Aggression den Völkern zugefügten Schäden und betonte dabei: „Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen.“ Eine solche Forderung stimmte mit den nationalen Interessen der Mehrheit des deutschen Volkes völlig überein. Bisher hatte die herrschende Klasse die Hauptlast eines verlorenen Krieges stets auf die Volksmassen abgewälzt, wie das zum Beispiel auch nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen ist.

Die Sowjetunion ging bei der Demontage von Betrieben so vor, daß die Hauptschuldigen des Krieges auch die Hauptlast der Wiedergutmachungen zu tragen hatten. In der sowjetischen Besatzungszone wurden insgesamt 676 Betriebe demontiert. Es handelte sich dabei größtenteils um reine Rüstungsbetriebe.

Zweifellos stellten diese Montagen eine Schwierigkeit beim wirtschaftlichen Neuaufbau dar und führten zu ideologischen Auseinandersetzungen. Reaktionäre Kräfte versuchten, den Abbau von Betrieben für ihre volksfeindlichen Interessen auszunutzen. Ihnen kam es in erster Linie darauf an, einen Keil zwischen die sowjetischen Besatzungsorgane und die deutsche Bevölkerung

zu treiben. Die antifaschistisch-demokratischen Selbstverwaltungen, unterstützt von allen fortschrittlichen Kräften unter Führung der revolutionären Arbeiterpartei, hatten auch in diesem Zusammenhang eine gewaltige politische Arbeit zu leisten und die Menschen von der Notwendigkeit und moralischen Pflicht zur Wiedergutmachung zu überzeugen. Darauf wies auch Major Datschin in einer Besprechung mit den Bürgermeistern und der Kreisverwaltung hin, als er anführte: „Deshalb ist es Ihre Aufgabe jetzt, auf die Arbeiterklasse so einzuwirken, daß sie durch ihre Arbeitsleistung und unermüdliche Tätigkeit sich von der Schuld, die den anderen Völkern angetan worden ist, reinwäscht, um in die friedliche Arbeit der Völker eintreten zu können.“

Vor allem galt es, die Menschen über die ungeheuren Verbrechen der Faschisten aufzuklären, denn das war eine Voraussetzung für das Verständnis der notwendigen Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht. Erich Grahle, Mitglied des Sozialistischen Komitees in Schmiedeberg, erklärte in einer Rede am 2. Juni 1945 den Einwohnern der Gemeinde unter anderem: „Wir, die wir seit 1939 zuerst mit im Felde waren, können bestätigen, daß man nicht halt vor Frauen, Kindern und Männern gemacht hat. Ganze Dörfer hat man ausgerottet und niedergebrannt. Ohne die Hilfe der Roten Armee wäre es uns Deutschen nicht gelungen, die Nazipest zu beseitigen.“

In der Sowjetunion zerstörten die faschistischen Horden 1700 Städte, mehr als 70 000 Dörfer und etwa 32 000 Industriebetriebe. Von einer völligen Wiedergutmachung konnte angesichts dieser ungeheuren Vernichtungen und auf Grund der wirtschaftlichen Zerrüttung in Deutschland überhaupt keine Rede sein, zumal das Sowjetvolk durch den Hitlerkrieg und den barbarischen Terror der Nazis 20 Millionen Menschen verloren hatte.

So groß die Belastung für den wirtschaftlichen Neuaufbau auch war, die Sowjetunion konnte durch die von ihr geforderten Reparationen nur einen geringen Teil der gewaltigen Schäden ausgleichen.

Entscheidend für die Lebenslage der Bevölkerung des Kreises ist die Tatsache gewesen, daß nur solche Betriebe abgebaut wurden, die nicht der unmittelbaren Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Produkten dienten, wie zum Beispiel die Hafermühle in Dippoldiswalde. Seitens der sowjetischen Militärbehörden wurden große Anstrengungen unternommen, die Demontage reibungslos und zügig zu vollziehen. Das war für den schnellen Neuaufbau der Industrie von außerordentlich großer Bedeutung. In einem Befehl des Militärkommandanten des Kreises Dippoldiswalde, die Demontage der „Mühlenbau-AG“ in Schmiedeberg betreffend, hieß es: „Ich verbiete es kategorisch, unberechtigte Eingriffe von seiten anderer Kommandanten zu machen. Jede Entnahme oder Zutritt zum Werk bedarf meiner ausdrücklichen Genehmigung.“

Sowjetische Offiziere leiteten in den von der Demontage betroffenen Betrieben den Abbau. In der „Mühlenbau-AG“ unterstanden die einzelnen Betriebsabteilungen den sogenannten Demontageoffizieren, Major Jufferoff, Major Marmeluk, Major Bergmann, Kapitän Kromoff und Kapitän Braskurie. Im Oktober 1945 war die Demontage in allen Abteilungen des Betriebes im wesentlichen beendet.

Unterstützt von der sowjetischen Besatzungsmacht, entwickelten die antifaschistisch-demokratischen Selbstverwaltungen eine große Initiative zur Inangasetzung der Wirtschaft im Kreisgebiet. In Altenberg gelang es der neuen Selbstverwaltung, auf verschiedenste Art und Weise finanzielle Mittel für den Neuaufbau zu gewinnen. Durch Gemeindespenden wurden 126 468,83 RM eingenommen. Eine von der Selbstverwaltung organisierte Aufbau lotterie erbrachte rund 81 000 RM. Von diesen Geldern konnte beispielsweise ein Raupenschlepper gekauft werden, der für die kommunale Wirtschaft unbedingt notwendig war. Solche Erfolge, in einer Zeit errungen, da jeder mit sich selbst zu tun hatte, beweisen die enge Verbundenheit der Selbstverwaltung mit den Massen. Diese Zusammenarbeit ist ein Charakteristikum der neuen Leitungsmethoden, die sich die antifaschistisch-demokratischen Machtorgane von Anbeginn ihrer Tätigkeit zu eigen machten.

Für die Altenberger Selbstverwaltung kam es besonders darauf an, die zerstörten Schulen schnellstens wieder instand zu setzen. Zu diesem Zwecke wurde nach erfolgter Demontage des Bergwerkes in dem ehemaligen Rüstungsbetrieb der „Heinrichsohle“ die Produktion von Ziegeln aufgenommen. So fanden viele Arbeiter eine Beschäftigung, die dem Neuaufbau diente. Die großen Leistungen und die Energie aller aufbauwilligen Kräfte werden uns an folgendem Beispiel besonders deutlich: Auf Anregung der Selbstverwaltung sammelten Kinder aus Altenberg und den umliegenden Ortschaften Draht, aus dem zwanzig Zentner Nägel für den Schulbau angefertigt wurden.

Es ist aus der Perspektive unserer Zeit, in der die moderne Technik dominiert, kaum mehr möglich, die ungeheuren Anstrengungen zu ermessen, die die Aktivisten der ersten Stunde unternahmen, um den Grundstein eines neuen Deutschlands zu legen. Angesichts eines solchen Beispiels aus der Zeit des Neubeginns erhalten die grandiosen Aufbauserfolge, die die Werkstätigen unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse in den vergangenen zwei Jahrzehnten in der DDR erzielten, eine besondere Bedeutung.

In Schmiedeberg hatte die neue Gemeindeverwaltung aufs engste mit der Demontageleitung zusammengearbeitet. Dadurch konnte die Produktion mit einem kleinen Maschinenpark schneller wieder anlaufen. Den Anstrengungen des Bürgermeisters, Georg Grahle, und seiner Mitarbeiter war es zu verdanken, daß in Schmiedeberg neue Kommunalbetriebe entstanden. Im Verlaufe von neun Monaten konnten in dieser Gemeinde eine Reparatur- und Wagen-

werkstatt, eine Radio- und Elektrowerkstatt, Tischlereiwerkstätten, Holzaufbereitungswerkstätten, eine Scheuermittelfabrik und eine Nagelwerkstatt errichtet werden. So war es möglich geworden, für 150 Menschen neue Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig die Bevölkerung besser mit lebensnotwendigen Produkten zu versorgen.

Unter großen Anstrengungen gelang es den Aktivisten der ersten Stunde, auch in der „Mühlenbau-AG“ die Produktion wieder in Gang zu setzen. In der Stahlgießerei wurde durch wenige Arbeitskräfte mit dem Bau von Handwagen begonnen. Anfang 1946 besaß der Betrieb, der unter der neuen Firmenbezeichnung „Vereinigte Werkstätten Schmiedeberg“ arbeitete, eine Belegschaftsstärke von annähernd hundert Kollegen.

Ständig wuchs die Zahl der Arbeitskräfte. Es war notwendig, die Produktion zu erweitern und mit der Herstellung von Müllereimaschinen zu beginnen. Das entsprach auch der Forderung der bewußtesten Kollegen und konnte dazu beitragen, den großen Bedarf der Mühlen zu decken. Die Realisierung dieses wichtigen Vorhabens erforderte die Überwindung großer Schwierigkeiten, die sich nicht zuletzt aus der angespannten Lebensmittellage ergaben. Es war damals gar nicht so selbstverständlich, daß die Kollegen täglich pünktlich zur Arbeit kamen. Viele zogen es vor, in der Landwirtschaft zu arbeiten, und wenn es auch nur tageweise war, da die Magenfrage in der Zeit der Verknappung der Lebensmittel die Hauptrolle spielte.

Trotz dieser und anderer Schwierigkeiten scheuten die Aktivisten der ersten Stunde in diesem Betrieb keine Mühe, ihren größtmöglichen Beitrag beim Aufbau eines neuen Deutschlands zu leisten. Alte Maschinen wurden wieder hergerichtet, ein auf dem Schrottplatz gelagerter Konsolkran in Ordnung gebracht und auf seine ehemalige Fahrbahn montiert. Dadurch wurden die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Gießereibetriebes geschaffen. Am 3. Mai 1946 floß das erste Eisen. Die Friedensproduktion konnte nun in größerem Umfange anlaufen. Noch im gleichen Jahre erzeugte der Betrieb einfache Müllereimaschinen. Das war ein bedeutender Erfolg der unermüdlichen Arbeit der Werkstätigen unter Führung der revolutionären Arbeiterpartei, der in Gemeinschaftsarbeit mit der neuen Selbstverwaltung und den sowjetischen Genossen errungen wurde. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Produktion wuchs die Verantwortung der Arbeiterklasse, die lernen mußte, die Wirtschaft zu leiten.

Die Hauptaufgabe, die vor dem deutschen Volke stand und die der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 stellte, bestand darin, den faschistischen deutschen Imperialismus politisch und ökonomisch zu entmachten, um ein neues demokratisches Deutschland aufbauen zu können. Entscheidende Schritte auf diesem Wege waren die Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Staatsapparates und die demokratische Bodenreform gewesen. Es galt jetzt, die

Wirtschaftsmacht der imperialistischen Kriegstreiber zu brechen. Von der in Aktionseinheit kämpfenden KPD und SPD des Landes Sachsen wurde im Februar 1946 die Idee geboren, mit den Kriegsverbrechern und aktiven Nazis auf dem Wege eines Volksentscheids abzurechnen. Diese Form entsprach der konkreten politischen Lage in Deutschland und besaß bereits Traditionen.

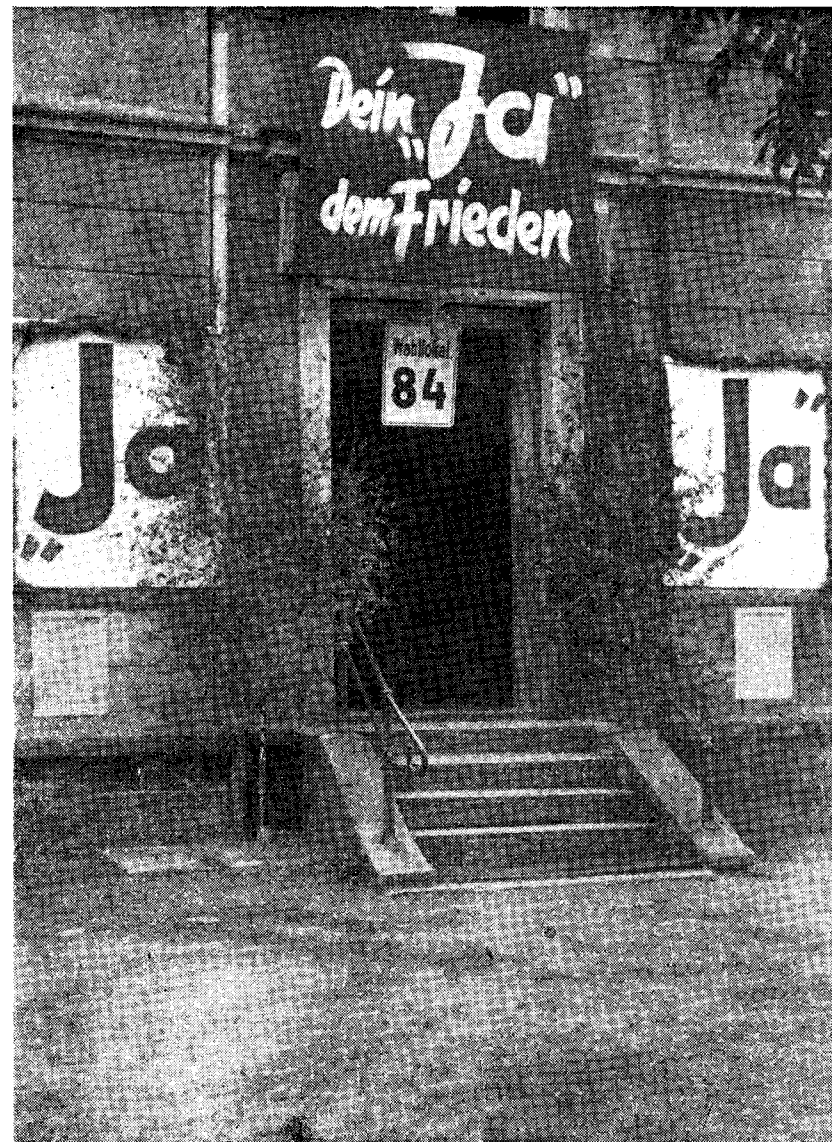
Getreu dem Potsdamer Abkommen, hatte die sowjetische Besatzungsmacht mit dem Befehl Nr. 124 bereits am 30. Oktober 1945 das Sequestrationsverfahren für ihre Besatzungszone eröffnet und die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien befohlen. Am 21. Mai 1946 übergab die SMAD mit dem Befehl Nr. 154/181 alles beschlagnahmte und sequestrierte Eigentum der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis an die Selbstverwaltungsorgane. Damit war das Entscheidungsrecht über die Nazi- und Kriegsverbrecherbetriebe in die Hände des deutschen Volkes gelegt worden. Das ist ein überzeugender Beweis dafür, daß sich die Sowjetunion in ihrer Außenpolitik davon leiten ließ, den Kampf der Völker um nationale Selbstbestimmung aktiv zu unterstützen.

Vom Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde die Landesverwaltung Sachsen ersucht, den Volksentscheid am 30. Juni 1946 durchzuführen.

Unter Führung der geeinten Arbeiterpartei wurden überall große Anstrengungen unternommen, um den Volksentscheid vorzubereiten. Besonders die neuen Selbstverwaltungen leisteten eine unermüdliche Arbeit in politischer und organisatorischer Hinsicht.

In den 94 Stimmbezirken des Kreises Dippoldiswalde gab es am 30. Juni 1946 50 885 wahlberechtigte Bürger. 49 397 Bürger, also etwa 97,7 %, gaben ihre Stimme ab. 41 480 Bürger, etwa 84 %, bejahten die Frage: Stimmen Sie dem Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes zu? 5 166 Abstimmungsberechtigte, das sind etwa 10,5 %, stimmten mit Nein. 2 751 der abgegebenen Stimmen, rund 5,5 %, waren ungültig.*) Dieses Abstimmungsergebnis ist ein eindeutiger Beweis für den Willen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, mit den aktiven Nazis und Kriegsverbrechern abzurechnen und ein neues Deutschland aufzubauen. Im Kreis Dippoldiswalde wurden durch den Volksentscheid 23 Betriebe in das Eigentum des Volkes überführt. Dabei handelte es sich keinesfalls nur um größere Unternehmen. Von der Enteignung wurden vielmehr alle Betriebe betroffen, deren Eigentümer Kriegsverbrecher, Kriegsinteressenten bzw. aktive Nazis waren. Das war ein gewaltiger Erfolg des unermüdlichen Kampfes aller

*) Staatsarchiv Dresden. Die Prozentzahlen wurden vom Verfasser errechnet, sie stellen Näherungswerte dar.



Das Abstimmungslokal in Schmiedeberg zum Volksentscheid am 30. Juni 1946

antifaschistisch-demokratischen Kräfte, denn wie Engels lehrte, „sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen nicht in den Köpfen der Menschen, ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie der betreffenden Epoche.“*)

Dieser Erfolg konnte erzielt werden, weil die Arbeiterklasse von einer geeinten marxistisch-leninistischen Kampfpartei geführt wurde. Das Abstimmungsergebnis widerspiegelt den Bewußtseinsstand der Bevölkerung. Es macht deutlich, daß noch gewaltige politisch-ideologische Arbeit geleistet werden mußte.

Mit der entschädigungslosen Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher wurde ein außerordentlich bedeutender Schritt auf dem Wege zur Überwindung des kapitalistischen Grundwiderspruchs, des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, gegangen.

Die antifaschistisch-demokratische Ordnung – Grundlage der großen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus

In den Jahren 1945/46 begannen die fortschrittlichen Kräfte im Osten Deutschlands, die größte und tiefgreifendste revolutionäre Umwälzung zu vollziehen. Wir konnten am Beispiel des Kreises Dippoldiswalde zeigen, daß unter Führung der Arbeiterklasse sofort nach der Befreiung wirksame antifaschistisch-demokratische Maßnahmen durchgeführt wurden. Die politische Entmachtung des faschistischen deutschen Imperialismus, der Aufbau demokratischer Selbstverwaltungen und besonders die Schaffung der geeinten Arbeiterpartei boten die Möglichkeit, den Nazi- und Kriegsverbrechern auch ihre ökonomischen Machtgrundlagen zu entziehen. Es konnte der Nachweis geführt werden, daß diese revolutionären Umwälzungen bei breitesten Kreisen der Bevölkerung Zustimmung und aktive Unterstützung fanden. Von besonderer Bedeutung ist die brüderliche Hilfe der sowjetischen Klassengenossen gewesen, deren Wirken stets dem nationalen Interesse des deutschen Volkes diente. Ihr bleibendes Verdienst ist es, die antifaschistisch-demokratischen Kräfte so gefördert zu haben, daß sie den historischen Notwendigkeiten gerecht werden und somit den Grundstein eines neuen Deutschlands legen konnten.

Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde die antifaschistisch-demokratische Revolution zielstrebig weitergeführt und ihre Errungenschaften gefestigt. Das hatte eminente Bedeutung für die weitere Entwicklung auf dem Wege zum Sozialismus. Lenin lehrte: „Je vollständiger die demokratische Umwälzung sein wird, um so schneller, breiter, reiner und entschiedener wird sich dieser neue Kampf entfalten.“ Der Aufbau des neuen Deutschlands beweist, daß der Kampf um Demokratie Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus ist.

Unter komplizierten Bedingungen schufen die besten Kräfte des deutschen Volkes unter Führung der Partei der Arbeiterklasse in den Jahren 1945 bis 1949 das Fundament des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Geschichte Deutschlands. Aufbauend auf den Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, nahm auch der Kreis Dippoldiswalde unter der Arbeiter-und-Bauern-Macht eine großartige Entwicklung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Die Industrieproduktion stieg seit 1945 kontinuierlich an. So bedeutende Betriebe wie der VEB Bergbau- und Hüttenkombinat „Albert Funk“, Freiberg, Betrieb Zinnerz Altenberg, der VEB Gieße-

*) Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Band II, Dietz-Verlag, Berlin 1960, Seite 126.

reianlagen, Zweigwerk „Ferdinand Kunert“, Schmiedeberg, der VEB Uhrenkombinat Ruhla, Werk Glashütte, der VEB Hydraulik Dippoldiswalde, der VEB Ostergebirgische Papierverarbeitung und der VEB Holzindustrie Schmiedeberg geben dem Kreis das Gepräge. Diese modernen volkseigenen Produktionsstätten stellen unter anderem Zinnkonzentrat, Gießereianlagen, Armbanduhren, Schiffschronometer, hydraulische Geräte, Verpackungsmaterial und Küchenmöbel her, die unserem Staat wertvolle Devisen bringen. Zwanzig Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus erreichte der Exportplan des Kreises die 20-Millionen-Mark-Grenze.

Auch in der Landwirtschaft vollzog sich eine steile Aufwärtsentwicklung. Marksteine sind hierbei die demokratische Bodenreform und die sozialistische Umgestaltung gewesen. Frei von jeglicher Ausbeutung, bewirtschaften gegenwärtig 77 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 26 722 Hektar.

Viele Gemeinden des Kreises Dippoldiswalde entwickelten sich in den mehr als zwei Jahrzehnten nach der Befreiung zu hervorragenden Erholungszentren innerhalb der DDR. Am Beispiel des Erholungsortes Schellerhau wird das besonders deutlich:

Jahr	Anzahl der Ferienplätze
1947	50 (FDGB)
1965	rund 300 (FDGB)
	rund 100 (Deutsches Reisebüro)
	rund 800 (in Betriebsferienheimen)

Wir erkennen am Beispiel des Kreises Dippoldiswalde: Der Kampf der Aktivisten der ersten Stunde war nicht umsonst. Er bot die Voraussetzungen für die großartigen Aufbauserfolge, die unter Führung der SED errungen wurden. Im Osten Deutschlands nutzten die fortschrittlichen Kräfte die nationale Chance, die dem deutschen Volk durch die Befreiung vom faschistischen Joch geboten wurde, und errichteten in historisch kurzer Frist die souveräne sozialistische Deutsche Demokratische Republik, jenen deutschen Staat, der heute in der Welt einen geachteten Platz einnimmt.



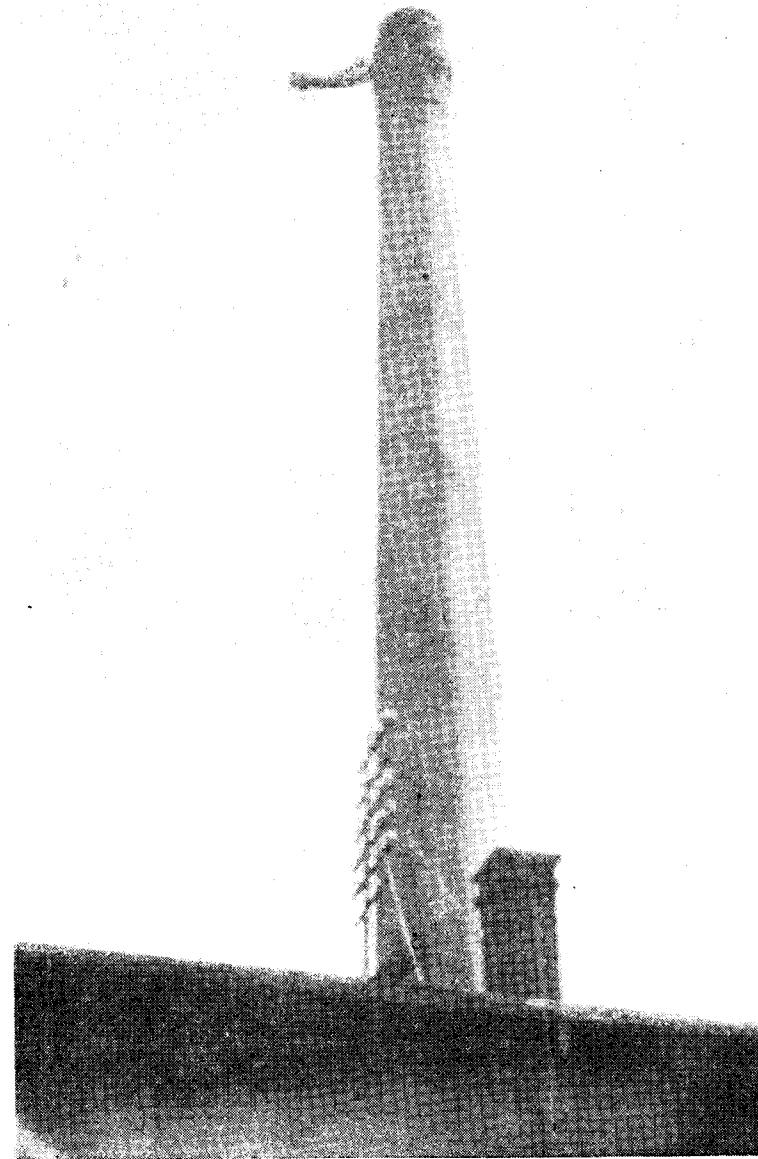
Bild Seite 81:

Ein Wahlplakat der Arbeiterklasse in Schmiedeberg zu den Wahlen im Jahre 1933.

Am 5. März 1933 leuchtete das rote Banner der Arbeiterklasse vom Fabrik-
schornstein der „Mühlenbau-AG“ im heutigen VEB Gießereianlagen „Ferdinand
Kunert“ in Schmiedeberg.

Diese mutige Tat vollbrachten die Arbeiter des Betriebes, Genosse Alfred Herschel
und Kollege Willi Schreier.

Trotz der Angebote der Werkleitung, die daran interessiert war, daß die Fahne
so schnell wie möglich vom Schornstein verschwindet, gab sich kein Arbeiter
dazu her. Erst Tage später holte sie der Schornsteinfeger herunter.



Major Datschin (ganz rechts im Bild) mit leitenden deutschen Funktionären
des Kreises Dippoldiswalde im Jahre 1945





Major Datschin (am Rednerpult) spricht auf der ersten antifaschistischen Massenkundgebung in Schmiedeberg 1945

Erste antifaschistische Massenkundgebung in Schmiedeberg 1945



Öffentliche Versammlung der KPD Schmiedeberg in Vorbereitung der Vereinigung
der beiden Arbeiterparteien



Otto Buchwitz spricht vor Sozialdemokraten in Schmiedeberg zur Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands



Erste öffentliche Gemeindevertretersitzung in Schmiedeberg nach den Gemeindevahlen am 1. September 1946 (am Rednerpult Bürgermeister Georg Grähle)



50 JAHRE ROTER OKTOBER



FREUNDSCHAFT IN SCHWERSTER STUNDE

Von Eberhard Meumann

Die Befreiung des Kreises Dippoldiswalde vom Faschismus durch die Rote Armee und die Unterstützung der deutschen Antifaschisten seitens der sowjetischen Besatzungsmacht zu Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung